Klassenkampf

10 Jahre

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.), 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Donnerstag, 18. Juni 1931 | 11. Jahrgang Nr. 134

Rebellion der SPD-Arbeiter

Empörung der Funktionäre und Mitglieder über den schamlosen Volksverrat der SPD-Führer
Die Bourgeoisie fürchtet den Verlust des Masseneinflusses der SPD — Helft den SPD-Arbeitern den Weg zur roten Klassenfront gegen den Hunger, den Weg ins kommunistische Lager finden

(Eig. Drahtm.) Berlin, den 18. Juni 1931.

Die Berliner Funktionärkonferenz der Sozialdemokratie, die am Dienstag in Friedrichshain stattfand, stand vollkommen im Zeichen der tiefen Empörung der sozialdemokratischen Funktionäre über den neuen Verrat ihrer Führer. Dabei ist die Stimmung der Mitglieder noch viel radikaler als die der Funktionäre. Während des Referats Aufhäusers, der die „Tolerierungspolitik" der SPD zu verteidigen suchte, kam es zu stürmischen Zwischenfällen. Verschiedentlich gab es ein wahres Trommelfeuer von Zwischenrufen ein. Als Aufhäuser erklärte, die Sozialdemokratie wisse keinen anderen Ausweg, als den der Tolerierung, riefen mehrere Funktionäre: „Den sozialistischen Volksstaat schaffen!"

Die Behauptung Aufhäusers, die Brüning-Regierung sei der „Blitzableiter des Faschismus", wurde durch einen allgemeinen Entrüstungssturm unterbrochen. „Brüning ist ja selbst Faschist", so donnerte es ihm von allen Seiten entgegen.

Durch diesen unerwarteten Widerstand unsicher werdend, flüchtete Aufhäuser hinter die berüchtigte Phrase, daß man in dieser schweren Zeit Auseinandersetzungen innerhalb der Partei unterlassen sollte. „Ach so, meinungslos sein und alles kritiklos schlucken, das sollen wir", war die Antwort der Funktionäre. Andere riefen: „Hast du auch Künstlerseife mitgebracht?"

Als Aufhäuser zu linken Phrasen Zuflucht nahm, mußte er sich sagen lassen, daß sich die sozialdemokratischen Arbeiter nicht länger mit solchen Redensarten „bei der Stange" halten lassen.

Er ertönten fast ununterbrochen die Zwischenrufe. Als Aufhäuser dann erklärte, daß er nun zum Schluß komme, wurde ihm gerufen:

„Das ist nur gut, das andere sagen wir nachher."

Es geht nicht um die Einberufung des Haushaltsausschusses, es geht um mehr und das wissen auch die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre. Viele von ihnen — das bewiesen die zahlreichen Uebertritte zur Kommunistischen Partei — wissen aber auch, daß die Sozialdemokratie nicht mehr von innen heraus zu beschaffungsprogramm, das Bauernhilfsprogramm, setzen wir die Forderungen der Arbeiterklasse durch.

Wir organisieren den Widerstand gegen jeden weiteren Lohnraub. Wir kämpfen für die Zurückeroberung des geraubten Lohnes. Wir fordern den Siebenstundentag und die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Wir fordern die Beseitigung aller Notverordnungen, die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten durch Bau von Wohnungen, Straßen, Talsperren und Krankenhäusern. Die Kommunisten haben die Finanzierung ihre Arbeitsbeschaffungsplanes durch die Erhebung einer Millionärsteuer, durch die Streichung aller militärischen und polizeilichen Ausgaben verlangt.

Scharfschieß-Erlaß eines SPD-Polizeipräsidenten

Severings „härtere Waffen" werden sofort angewendet

Wie der „Kölner Korrespondent" des „Berliner Tageblattes" berichtet, hat der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski in einer Pressekonferenz mitgeteilt, daß er einen Scharfschießerlaß für die Polizei herausgegeben habe; in diesem Erlaß werden die Polizeibeamten angewiesen, bei Hungerdemonstrationen nicht erst Schreckschüsse abzugeben, sondern sofort scharf zu schießen.

Blaue Bohnen für Hungernde — das ist das einzige Rezept der SPD-Führer. Es muß der gesamten Arbeiterschaft zur Kenntnis gebracht werden, daß es ein sozialdemokratischer Polizeipräsident ist, der mit einem solchen Scharfschießerlaß den Anfang gemacht hat. Können politisch ehrlich denkende SPD-Arbeiter noch die Verantwortung für solche Taten ihrer Führer tragen? Brecht mit den Sozialfaschisten, verstärkt die rote Einheitsfront!

ten ist. Sie ist eine bürgerliche Partei, heute noch mit dem Massenanhang, morgen aber nur noch eine millijährige Truppe der Bourgeoisie, der Sammelplatz aller ebenso wie vor der Revolution zitternden Bonzen.

Nach dem Leitartikel des „Berliner Tageblattes" von gestern soll einer der erfahrensten Führer der SPD im Reichstag gesagt haben: „Wir haben das Schicksal der Staatspartei vor uns."

Schon kommt selbst aus den Spalten der reaktionären „Deutschen Allgemeinen Zeitung" der Notschrei: „Hilfe! Die SPD verliert ihre Massen." Die besitzende Klasse weiß, daß ihre Tage gezählt sind, wenn der schützende sozialdemokratische Bann von der bolschewistischen Welle zerbrochen ist.

Die Empörung, in der sich die sozialdemokratischen Funktionäre und Mitglieder auf Grund des fortgesetzten Verrats ihrer Führer befinden, legt uns als Kommunistische Partei die Verpflichtung auf, erstens in den Betrieben, an den Stempelstellen, überall, wo wir mit sozialdemokratischen Arbeitern zusammenkommen, ernsthaft zu diskutieren und den Arbeitern der SPD dabei zu helfen, den Weg zur roten Klassenfront, den Weg ins kommunistische Lager zu finden.

Unter Führung der Kommunistischen Partei wird die Aktion gegen Faschismus und den Hungerkurs Brünings, gegen den sozialdemokratischen Verrat durchgeführt. Die Kommunistische Partei hat die dringendsten allgemeinen Forderungen des Volkes aufgestellt und zu ihren eigenen gemacht. Setzen wir das Arbeitsprogramm der Kommunistischen Partei in die Tat um!

Unter unserem Banner allein kann der Kampf um die Befreiung Deutschlands von den Milliardenlasten des räuberischen Young-Plans unter der Parole: Keinen Pfennig Reparationszahlung mehr! zu Ende geführt werden.

Wir sind es, die zugleich den Massen sagen, daß nur über die soziale Befreiung des deutschen Volkes, nur durch den Sieg des Proletariats über die kapitalistische Gewaltherrschaft der Weg zur nationalen Befreiung, der Weg zu Sowjetdeutschland geht.

Stärkt die Reihen der Freiheitsarmee des hungernden Volkes! Hinein in die Kommunistische Partei! Werdet Leser der kommunistischen Presse!

Neue Hungerdemonstration in Köln

Köln, den 18. Juni. (Eig. Drahtm.)

Gestern kam es in Köln mehrmals zu Demonstrationen der Erwerbslosen. Hunderte von Erwerbslosen sammelten sich vor dem Wohlfahrtsamt, das mit Steinen beworfen wurde, so daß einige Fensterscheiben in Trümmer gingen. In später Nachtstunde bildete sich ein weiterer Demonstrationszug, gegen den die Polizei mit Gummiknüppeln und Revolverschüssen vorging.

Die neue Etappe

Die Mittwoch-Sitzung des Aeltestenrates verlief, wie wir es vorausgesagt hatten. Schon seit Tagen mahnten wir die Werktätigen immer wieder, die verächtlichen Täuschungsmanöver der SPD-Führer, als ob für sie überhaupt jemals die Frage der Reichstagseinberufung ernsthaft gestanden hätte, als das zu werten, was sie von vornherein waren: ein abgekartetes Spiel mit der Wilhelmstraße. Es war nicht schwer, hier den Propheten zu spielen, da sich an den Voraussetzungen der sozialdemokratischen Politik des „kleineren Uebels" nichts geändert hat. Wohl aber glauben noch manche sozialdemokratischen Arbeiter, soweit sie das Opfer der Demagogen des Leipziger Parteitages wurden, an irgendein „Wunder". Diese Illusion ist geplatzt. Wie im Oktober und Dezember des vergangenen Jahres, so haben die sozialdemokratischen Führer auch jetzt wieder Brüning, den reaktionärsten Kanzler der Nachkriegszeit, gerettet, trotz des wachsenden Protestes und der mahnenden Stimmen aus der eigenen Mitgliedschaft.

Brüning hat mit dem Rücktritt „gedroht", wenn eine Mehrheit für die Reichstagseinberufung zustandekäme. Das Proletariat hatte diese Drohung nicht zu fürchten, denn sie war und ist nicht der Ausdruck der Stärke Brünings, sondern des wankenden Bodens unter seinen Füßen angesichts der breiten und tiefen Volksempörung über seine Politik. Diesen Rücktritt Brünings, der mehr ein Sturz als ein Rücktritt gewesen wäre, hat die Sozialdemokratie verhindert.

Wir hören schon das Argument: Ja, aber was dann? Dann wäre allerdings das gekommen, was unvermeidlich doch kommen wird, was aber die sozialdemokratischen Führer unter allen Umständen verhindern wollen: die breiten Massen des werktätigen Volkes hätten in die Ereignisse eingegriffen. Der Sturz Brünings hätte ebenso wie die Einberufung des Reichstags der Mobilisierung der Massen einen starken Auftrieb gegeben, Streikbewegungen und Demonstrationen wären die Folge, und der Kuhhandel der Interessentenhaufen um die besten Methoden des Volksbetrugs wäre zerschlagen. Das, und nicht Hugenberg oder Hitler, ist das „größere Uebel", das sowohl Brüning als auch die sozialdemokratischen Führer mit allen Mitteln verhindern wollen.

Gegenüber den hinter uns liegenden Wintermonaten hat sich die Lage in Deutschland außerordentlich zugespitzt. Im Gegensatz zu den Behauptungen der „linken" Sozialdemokraten ist die Kraft der Arbeiterschaft nicht geschwächt, sondern gerade in der letzten Zeit außerordentlich erstarkt. Zwar tun die SPD-Führer alles, um das Proletariat ideologisch, organisatorisch und politisch zu entmaßnen, aber die Massen haben ihren eigenen Kopf. War es schon im vergangenen Winter ein Verbrechen, Brünings Position nicht nur zu dulden, sondern aktiv zu stützen, so erst recht jetzt, da alles darauf ankommt, die ökonomisch und außenpolitisch außerordentlich schwache Position der herrschenden Klasse auszunutzen, um einen entscheidenden proletarischen Schlag gegen die reaktionäre Hydra zu führen. So aber verdankt die faschistische Reaktion der Sozialdemokratie einen neuen Sieg, über dessen Bedeutung für die weitere Entwicklung der Dinge in Deutschland sich jeder sozialdemokratische Arbeiter im klaren sein muß.

Wohin steuert die Entwicklung in Deutschland? Worin besteht die historische Rolle der Brüning-Regierung? — Wir Kommunisten haben bereits im Dezember des vorigen Jahres den wahren Charakter der Brüning-Regierung erkannt und vor den Massen angeprangert. Die Brüning-Regierung ist der Geschäftsführer des Faschismus, sie ist von den Industrieritern und Bankgewaltigen, den wirklichen Regenten in Deutschland, mit der Durchführung der faschistischen Diktatur beauftragt.

Die Notverordnung vom Dezember war in diesem Sinne eine historische Wendung, die neue Notverordnung leitet eine neue Etappe dieser Entwicklung ein. Mit einer biedermännischen Offenherzigkeit, die an Zynismus grenzt, hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung" in ihrem Leitartikel vom Montag abend ausgesprochen, wohin der Kurs geht und welche Hintergedanken zugleich die Deutsche Volkspartei in ihrer „Opposition" gegen Brüning leiten. Dort heißt es u. a.:

„Es handelt sich heute noch darum, dem Reichskanzler Dr. Brüning die Fortführung der Regierungsgeschäfte zu ermöglichen...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310618-14/fragment/page=0001

Nach Brüning, wenn er scheitert, kommt, gestehen wir es uns doch ehrlich ein, nach Lage der Dinge, wenn nicht ein Wunder geschieht, ein Kabinett der radikalen Rechten... eine außerparlamentarische Regierung... Was wir wollen, ist sozusagen der letzte Versuch, den unvermittelten Uebergang zu dieser neuen Regierungsform zu verhindern."

In der Politik geschehen keine Wunder, und die außerparlamentarische Regierung, die mit dem Artikel 48 und mit Notverordnungen herrscht, ist schon eine Tatsache. Aber was sich in diesen Tagen vollzieht, ist der Uebergang in eine neue Phase des Brüning-Kurses, in eine neue höhere Etappe auf dem Wege der Durchführung der faschistischen Diktatur. Im Angesicht der wachsenden Volksempörung wagt die Reaktion in Deutschland nicht sofort und unvermittelt den Sprung zu der von der „DAZ" angekündigten „außerparlamentarischen Regierung". Sie braucht die Brüning-Regierung als das „kleinere Uebel", um die Sturmfluten des Volkszorns zu brechen, und zugleich als Brücke zur Aufrichtung ihrer nackten und brutalen Diktatur, der Diktatur ohne demokratische Phrase.

Die neue Notverordnung ist ein weiterer folgenschwerer Schritt auf dem Wege dieser Entwicklung. Darin liegt die große historische Bedeutung des Augenblicks.

In dieser Situation wiegt das Verbrechen der SPD-Führer um so schwerer. Sie haben mit ihrem neuen Volksverrat unmittelbar der faschistischen Diktatur in die Hände gearbeitet.

Um den Massen den verderblichen Schritt der SPD „verständlich" zu machen, versucht der gestrige Morgen-„Vorwärts" ihnen mit plumpen Roßtäuschermethoden einzureden, daß nach dem gestern noch drohenden Sturz der Brüning-Regierung nur noch die Sintflut kommen kann, zumindest der Staatsbankrott und der Bürgerkrieg. Darauf ist zu erwidern: Der verschlelerte Staatsbankrott ist schon da und wir sind die Opfer. Der Bürgerkrieg, von den Nazis propagiert und am aktivsten praktiziert, ist ebenfalls schon in seinen ersten Formen da. Die Methoden der Polizei in der jetzigen Periode zu kennzeichnen, verbietet uns die Notverordnung. Es ist das gerade Gegenteil von dem richtig, was der „Vorwärts" behauptet. Je länger die Brüning-Regierung am Ruder ist, desto rascher kommt der vollendete Staatsbankrott und die Katastrophe. Aber die Bourgeoisie befindet sich noch im Besitz der Macht und wird ihrerseits zum Bürgerkrieg übergehen, um ihre Privilegien gegenüber den anstürmenden Volksmassen zu verteidigen. Wobei wir im Gegensatz zum „Vorwärts" durchaus eine Verschärfung des Bürgerkrieges darin sehen, wenn die Macht an die Reichswehrexekutive übergeht, worüber man heute bereits ganz offen in Regierungskreisen diskutiert.

Die Massen haben jetzt das Wort: Die Notverordnung ist viel mehr als eine neue Maschine zur materiellen Ausplünderung der Massen. Sie ist ein politischer Schritt von größter Tragweite, ein neuer Wendepunkt in dem weltgeschichtlichen Ringen zwischen den Kräften des Faschismus und der Revolution auf dem heißen Boden des Klassenkampfes in Deutschland. Die Notverordnung muß fallen. Auf allen Frontabschnitten des Klassenkampfes, in den Betrieben, an den Stempelstellen, in der Stadt und auf dem flachen Land gilt es die Volksaktion, zu der die Kommunistische Partei aufruft, zu verstärken, die Millionenmassen des werktätigen Volkes unter dem Banner des Kommunismus zu sammeln zu Kampf und Sieg!

Pressestimmen zum Volksverrat der SPD

Die kapitalistischen Blätter sind sich einig in der Feststellung, daß die Deutsche Volkspartei ihre Forderungen durchgesetzt hat, die SPD-Führer aber ohne das geringste Zugeständnis die Brüning-Regierung und die neue Notverordnung gerettet haben.

Die „Berliner Börsenzeitung" vom 17. Juni schreibt:

„Es kann festgestellt werden, daß der Reichskanzler den Sozialdemokraten irgendwelche Zugeständnisse von wesentlicher Bedeutung nicht gemacht hat."

Die linksdemokratische „Berliner Volkszeitung" stellt fest:

„Nach 24 Stunden politischer Hochspannung ein faules, oberfaules Kompromiß zwischen Sozialdemokratie und Reichsregierung. Das Ergebnis endloser Beratungen, Gespräche, Drohungen und Bemühungen: eine blut- und inhaltslose Formel, die den Kanzler Brüning zu nichts verpflichtet und die immer noch stärkste deutsche Partei mit einem Seifenblasengebilde abspeist."

Der volksparteiliche „Hannoversche Kurier" triumphiert:

„Die Volkspartei würde sich sonst mit Recht sagen lassen müssen, daß sie aus Besorgnis vor den Folgen ihrer Stellungnahme umgefallen sei, wenn nicht in wenigen Wochen das erreicht wird, worauf ihr Widerstand abzielte: Wirkliche Reformen im Innern, Energie und Tempo bei allen Maßnahmen der Regierung zur Auftollung der Tributfrage, die rechten Männer auf den rechten Platz."

Die „Vossische Zeitung" schreibt:

„Man muß zugeben, daß die Sozialdemokraten eine Belastungsprobe schwerster Art zu bestehen hatten. Neben dem Reichsbanpräsidenten haben Braun und Severing dem Reichskanzler mit allen Kräften sekundiert."

Die kapitalistischen Ausbeuter triumphieren. Aber die Rechnung der Volksfeinde wird durchkreuzt werden, wenn sich das werktätige Volk um KPD und RGO schart und unter ihrer Führung gegen das Hungersystem kämpft.

SPD stimmt gegen eigenen Antrag

(Eig. Drahtm.) Berlin, 18. Juni.

Zum Bericht über die Sitzung des Aeltestenrates des Reichstages ist nachzutragen:

Die Kommunisten haben in dieser Sitzung die „Anregung" der Sozialdemokraten, den Haushaltausschuß einzuberufen, als Antrag eingebracht, nachdem die Sozialdemokratie ihn hat fallen lassen. Dadurch kam die SPD in die peinliche Situation, gegen ihren eigenen Antrag stimmen zu müssen!

Die Reaktion steigert ihre Angriffe

Die Industrieaubritter fordern restlose Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung — Hier hilft nur eins: Zupacken!

Der Zweckverband der Industrie- und Handelskammer zu Bochum, Dortmund, Essen und Münster hat soeben zur Notverordnung eine Entschließung angenommen, die zeigt, wie die Reaktion unter Brüning Schritt für Schritt vorwärts stößt. Wer bisher geglaubt hat, wir sind schon an der Grenze der überhaupt möglichen Reaktion, der wird hier eines besseren belehrt. Die Scharfmacher fordern (wörtlich): Erwerbslosenunterstützung darf in Zeiten äußerster Not nur an wirklich Unterstützungsbedürftige gezahlt werden. Es muß sofort für eine Notzeit von 2 Jahren freigegeben werden, daß sich die Arbeiter mit ihren Werken über Arbeitszeit und Löhne verständigen. Gleichzeitig werden weitere Steuererleichterungen für den Besitz gefordert. Das muß auch den letzten Arbeiter überzeugen, daß es höchste Zeit ist, zuzupacken und in gewaltigen Massenstreiks das übermütig gewordene Ausbeutertum und die Reaktion in die Knie zu zwingen.

Zwangsarbeit und Verschickung

Schon rollen die Sklavenzüge des „freiwilligen Arbeitsdienstes"

Der durch die neue Notverordnung diktierte „freiwillige Arbeitsdienst" ist von der Brüning-Regierung sofort aufgezogen worden. Schon sind zahlreiche Transporte von Westdeutschland nach dem Osten abgegangen, ein Berliner Blatt schreibt, daß bereits 20 000 Arbeitslose verschickt worden sind. 50 000 Mann sollen allein nach Ostpreußen geworfen werden.

Die Organisation wird von Reichsminister Treviranus geleitet, die Führer der faschistischen Wehrverbände und die Gewerkschaftsbürokratie wirken zusammen und besonders eifrig betätigen sich die christlichen Gewerkschaftsführer. Von den Mitteln der Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenvermittlung, also von den Beiträgen, die den Arbeitern vom Lohn abgezogen werden, fließen der Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes täglich zwei Mark pro Mann zu, weitere Mittel werden der Reichskasse entnommen.

Die Verschickten müssen unter militärischer Disziplin Bodenkultivierungsarbeiten ausführen. Es handelt sich um wahre Zwangsarbeit. In erster Linie sollen faschistische Elemente eingereiht werden, doch werden auch andere Arbeitslose unter der Drohung, daß sie sonst keinerlei Unterstützung erhalten, zur Zwangsarbeit gepreßt.

Der Hauptzweck der Organisation ist, stets eine militärisch geschulte Truppe zur Hand zu haben, die jederzeit gegen Streikbewegungen und sonstige Arbeiterkämpfe eingesetzt werden kann. Die Arbeiter müssen rechtzeitig die Gefahr erkennen, die ihnen von diesem „freiwilligen Arbeitsdienst" drohen. Es gilt, geeignete Maßnahmen und durch Aufnahme der Fühlung mit den Falschen dafür zu sorgen, daß die Zwangsarbeiter nicht als Streikbrecher verwendet werden können.

Zusammenstöße in Mainz

Mainz, den 17. Juni. (Eig. Drahtm.)

Im Anschluß an eine Erwerbslosen-Demonstration kam es zu größeren Unruhen. Die Altstadt wurde von der Polizei stundenlang abgesperrt und systematisch durch Gummiknüppelattacken geräumt, wobei mehrere Arbeiter verletzt und verhaftet wurden.

Die SPD verramscht 34 Zeitungen

Ständiger Rückgang der SPD-Presse — Unterschlagungen bei der Flensburger „Volkszeitung"

Wie wir von SPD-Funktionären, die in den letzten Wochen zur KPD übergetreten sind, erfahren, ist die SPD gezwungen, auf Grund ihres schwindenden Masseneinflusses und des ständigen Rückganges der Abonnentenzahl der sozialdemokratischen Zeitungen in ganz Deutschland, einen beträchtlichen Teil ihrer Tageszeitungen zu verramschen.

Es ist zunächst vorgesehen: der Verkauf von Provinzdruckereien der SPD bzw. Einstellung von Kopfblättern.

Im ganzen werden in den nächsten Wochen nicht weniger als 34 Provinzzeitungen der SPD verschwinden.

Dieser Niedergang der sozialdemokratischen Presse, der seit Jahren zu verzeichnen ist, aber in der letzten Zeit ein besonders schnelles Tempo angenommen hat, ist nur die

Begleiterscheinung des allgemeinen Bankrotts der SPD-Politik.

Die klassenbewußten Arbeiter, die notleidenden Werktätigen finden in der SPD-Presse nichts mehr, was ihren Interessen entspricht. Immer mehr SPD-Leser werden es satt, sich geistig von Kommunistenhetze, Antisowjethetze und „demokratischen Phrasen" ernähren zu lassen. Das erwachende werktätige Volk erkennt immer mehr, daß nur die Kommunistische Partei durch ihre Presse den Massen ein umfassendes Bild der politischen Ereignisse gibt und daß die kommunistische Presse Tag für Tag den Massen sagt, was getan werden muß, wenn das Werk der Befreiung von Young-Sklaverei und kapitalistischer Ausbeutung erreicht werden soll.

Zu den Mitteilungen über den Bankrott der sozialdemokratischen Presse erfahren wir aus Flensburg noch folgendes:

Bei der Flensburger SPD-Zeitung ist bereits zum 1. Juli dem gesamten Personal bis auf einen Lokalreporter gekündigt worden. Die Gesamtauflage der SPD-Zeitung in Flensburg beträgt heute nur noch 1800 (achtzehnhundert) Exemplare. In Flensburg-Stadt hat die Zeitung ganze 150 Vollabonnenten.

Ueber den Geschäftsbetrieb der Flensburger SPD-Zeitung sind unter der SPD-Mitgliedschaft äußerst lebhafte Diskussionen im Gange.

Es wurden, wie mitgeteilt wird, in letzter Zeit Unterschlagungen festgestellt. Man spricht allgemein von einer Summe von 7000 Mark. Die Gerüchte bringen die

Entlassung des Geschäftsführers der Flensburger SPD-Zeitung und des Schleswiger SPD-Redakteurs Flatterich

in Zusammenhang mit festgestellten Unregelmäßigkeiten.

Tatsache ist, daß man den sozialdemokratischen Funktionären, die sich nach den Zuständen in der „Flensburger Volkszeitung" erkundigen wollen, zur Antwort gibt, die Geschäftsführung der Zeitung sei eine kaufmännische Angelegenheit und gehe die Parteigenossen nichts an.

Verbreitert die Kampffront

Der Christliche Metallarbeiterverband muß Streikunterstützung zahlen — Setzt Massenstreikposten gegen Streikbrecher ein

(Eig. Meld.) Halle, den 18. Juni.

Abermals haben sich die Kollegen der Firma Spaaß für unbedingte Weiterführung des Streikes ausgesprochen. Den Gewerkschaftsbürokraten ist es nicht geglückt, die Belegschaft wieder an die Arbeit zu bekommen. In den Belegschaftsversammlungen läßt sich weder der Vertreter des christlichen Verbandes noch eine Größe vom DMV sehen. Auch der Christ hat große Anstrengungen gemacht, die Kollegen am Mittwoch früh in den Betrieb zu bekommen. Die christlichen Arbeiter haben das Ansinnen konsequent abgelehnt, und die Folge war, daß der Verbandsangestellte erklärte:

„Wenn der Druck der RGO zu stark ist, dann sanktionieren wir den Streik und zahlen Streikunterstützung."

Nach diesem Ausspruch ist heute schon entschieden, daß der christliche Metallarbeiterverband sich gezwungen sieht, Unterstützung an seine streikenden Mitglieder auszuzahlen. Von dem Druck der reformistischen Kollegen hängt es ab, daß sie ebenfalls im DMV das gleiche erreichen. Es kommt nicht darauf an, was die Gewerkschaftsbonzen sagen, daß es sich um einen sogenannten „milden Streik" handelt, sondern auf den Kampfwillen der Kollegen, die selbst zu bestimmen haben, wann und wie gekämpft wird.

Jetzt müssen die Streikenden doppelt auf der Hut sein, denn jeden Tag und jede Stunde sind die Gewerkschaftsbonzen dabei, mit allen Mitteln die Streikfront zu zersplittern, die Streikenden selbst mürbe und kampfunlustig zu machen. Von der Bürokratie werden Sitzungen einberufen für die organisierten Kollegen, in denen diese für den Streikbruch reif gemacht werden sollen.

Die vollständige Liquidierung des Einflusses der Gewerkschaftsbonzen ist die beste Voraussetzung zur Standhaftigkeit der Kollegen, zur erfolgreichen Durchführung des Kampfes.

Der Streikpostendienst muß mit der größten Präzisität durchgeführt werden. Acht Streikbrecher haben sich gefunden. Es sind dies folgende Elemente:

Otto Schulze, Diemitz, Breite Straße 10,
Viktor Zuhaja, Diemitz, Sagisdorfer Straße 3,
Otto Worm, Halle, Gosenstraße 8,
Paul Beier, Halle, Augustastraße 5,
Hugo Greiner, Diemitz, Berliner Straße,
Hermann Lüdicke, Halle, Krausenstraße,
Kurt Hafermalz, Diemitz, Berliner Straße,
Peter Teucht, Diemitz, Werderstraße.

Die Unternehmerspitzlinge sind der Verachtung der gesamten Arbeiterschaft preisgegeben. Durch Massenstreikposten sind die Kollegen in der Lage, den Streikbruch unmöglich zu machen. Es ist notwendig, daß die Erwerbslosen, Frauen und Jugendlichen in die Kampffront eingereiht werden, daß sie mit zum Streikpostenstehen aufmarschieren. Die Metallarbeiterschaft muß ihrerseits in allen Betrieben jetzt eine gute mobilisierende Arbeit durchführen. Bald droht der Lohnraub in den anderen Buden. Er ist unerträglich, nur der Kampf kann die Antwort sein!

Großkapital will sich seine SPD erhalten

Die SPD-Arbeiter können nicht länger den Kapitalsknechten folgen

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", eines der reaktionärsten Organe der Großkapitalisten, ist gar nicht damit zufrieden, daß die SPD-Führerschaft infolge ihrer offenen Unterstützung der Brüningpolitik immer größere Massen ihrer bisherigen Anhänger verliert. Schon am 15. Juni schrieb die „DAZ":

„Was aber bestimmt nicht mehr geht, das scheint uns die Fortsetzung des Liebäugelns zwischen allen Richtungen zu sein. Es hat die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme zu Leichnamen gemacht und die Sozialdemokratie in solchem Maße erschüttert, daß sie gegenüber dem Kommunismus immer weniger manövrierfähig wird."

Noch deutlicher drückte sich die „DAZ" am 17. Juni aus, als die SPD-Führer offen die Verantwortung für die neue Notverordnungen Brünings übernommen hatten. Sie schrieb:

„Daß aber die Sozialdemokratie als Ganzes heute in die Opposition gehört, liegt auf der Hand, und es wird sich an ihr und übrigens auch an dem Bürgertum bitter rächen, daß ihre Führer ihr ganz unnötigerweise eine Verantwortung aufladen, der sie nicht gewachsen sein kann. Die Auffüllung der kommunistischen Kaders aus der Anhängerschaft der Sozialdemokratie konnte vermieden werden, und die Fortsetzung eines immer politischen Dämmerzustandes ist sowohl von der Volkspartei wie von der Sozialdemokratie wahrscheinlich um einen zu teuren Preis erkauft."

Die „DAZ" weist also der SPD ganz bewußt die Rolle einer loyalen Oppositionspartei zu, weil sie um den Bestand der SPD fürchtet. Das Blatt und seine Hintermänner wünschen auch behalb ein Diktatur-Kabinett, das sich auch offen auf die Deutschnationalen und Nazis stützt, damit die SPD als „Oppositionspartei" in Erscheinung treten kann. Die Großkapitalisten sind sich dessen gewiß, daß ihnen die Wels, Crispien und Leipart auch als Oppositionelle die treuesten Dienste leisten werden.

Die Ausführungen des reaktionären Scharfmacherblattes sind lehrreich für alle Arbeiter, insbesondere die sozialdemokratischen Arbeiter, die gewillt sind, sich gegen die kapitalistische Ausplünderung und Unterdrückung zu wehren. Diese Arbeiter können nicht länger den Kapitalsknechten, den SPD-Führern folgen, ihr Platz ist in der roten Einheitsfront, in der KPD.

Verstärkt die Werbung in den Betrieben!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310618-14/fragment/page=0002

Der Regierungssturz in Oesterreich

Oesterreich in den Klauen des französischen Imperialismus — Die gestürzte Regierung Ender der Tributeintreiber der Gläubiger

Wien, 17. Juni. Der Sturz der Regierung Ender hat die Krise in Oesterreich weiter verschärft. Um die Gefahr eines Staatsbankrotts für den Augenblick abzuwenden, hat London heute der österreichischen Nationalbank den Betrag von 150 Millionen Schilling für die von der österreichischen Regierung zu begebenden Schatzanweisungen zur Verfügung gestellt.

Die französische Presse spricht von der bevorstehenden Einsetzung eines Ueberwachungsausschusses der Gläubigerländer, der die gesamten österreichischen Finanzen kontrollieren soll. Der „Matin" erklärt, daß die französische Regierung nur dann helfend eingreifen werde, wenn Oesterreich durch eine regierungsamtliche Erklärung formell auf die Zollunion mit Deutschland verzichte.

Infolge des Ausbleibens der versprochenen Auslandshilfe für die Kreditanstalt und der drohenden weiteren Abhebungen sowie der Schwierigkeiten bei der Begebung der Schatzscheinanleihe von 150 Millionen verschärft sich die wirtschaftliche und politische Lage immer weiter. Die Valutakäufe erreichen in Wien bereits eine derartige Höhe, daß selbst der Präsident der Nationalbank, Dr. Reisch, von einer Panik spricht. Seit zwei Tagen hält sich hartnäckig das Gerücht, daß infolge Fehlschlagens der Stützungsaktion für die Kreditanstalt die Regierung ein allgemeines Moratorium verfügen werde. Inoffiziell wird dieses Gerücht zwar dementiert, doch fällt es auf, daß die Regierung noch nicht in einem amtlichen Kommuniqué dazu Stellung genommen hat.

Von gewerkschaftlicher Seite wird befürchtet, daß, wenn die Schwierigkeiten bei der Sanierung der Kreditanstalt andauern, ihren Konzernunternehmungen noch diese Woche das Geld zur Fortführung des Betriebes mangeln wird, und es zur Stillegung der größten Werke Oesterreichs kommen wird.

Die Hinaufsetzung des Zinsfußes der Nationalbank hat sich, wie erwartet, als ein Schlag ins Wasser erwiesen, so daß eine gestern erfolgte Erhöhung von 6 auf 7,5 Prozent notwendig war.

Die Lage in Oesterreich weist eine große Aehnlichkeit auf mit der Lage Deutschlands. Infolge der Wirtschaftskrise und des ausländischen Drucks ist Oesterreich in eine schwere Finanzkrise gestürzt. Der Zusammenbruch der Kreditanstalt infolge der massenhaften Zurückziehung der ausländischen, vor allem der französischen Kredite, hat die Krise auf die Spitze getrieben. Die westeuropäischen Sieger, insbesondere Frankreich, legen die Hand an die Gurgel des besiegten, ebenso wie Deutschland durch Friedensverträge gefesselten Oesterreich, das seit dem Ende des Weltkriegs faktisch eine Kolonie des imperialistischen Westeuropa darstellt.

Unter dem Druck der ausländischen Gläubiger hat die reaktionäre Regierung Ender die Schulden der verkrachten Kreditanstalt auf den Staatsschatz übernommen. Ueber 80 Millionen Dollar sollen nun zusätzlich aus den Knochen der werktätigen Massen Oesterreichs gepreßt werden. Zwar gibt es in Oesterreich keine Notverordnung, dafür aber gibt es ein „Sofort-Programm", das in seinen Bestimmungen fast wie ein Haar dem anderen dem Inhalt der Brüningschen Notverordnung entspricht: Abbau der Arbeitslosenunterstützung, Kürzung der Angestelltengehälter, Ausplünderung der Gemeinden, Verdoppelung der Tee- und Kaffeezölle, Erhöhung der Massensteuern usw.

Aber selbst dieses Hungerprogramm kann das Loch im Staatshaushalt nicht stopfen, ebensowenig wie die Notverordnung. Oesterreich treibt unabwendbar dem Staatsbankrott entgegen.

Der Aufruhr in Polnisch-Oberschlesien

Erfolgreicher Massenstreik gegen Entlassungen

Riesendemonstrationen — Lebensmittelgeschäfte gestürmt — Polizei machtlos

Kattowitz, 17. Juni. Der Streik der Bergarbeiter auf der Blei-Scharley-Grube, über dessen Ausbruch am Montag wir gestern berichteten, hat zu einem vorläufigen Erfolg der Arbeiterschaft geführt. Die Grubendirektion wurde gezwungen, die neuerliche Kündigung von 360 Kumpeln zurückzunehmen.

Die bürgerliche Presse berichtet, daß beim Demobilmachungskommissar Verhandlungen wegen der Entlassung von Beamten der Bismarck-, Faitna-, Martha-, Friedens-, Scheller-, Hohenlohe- sowie der Königs- und Laurahütte, der Myslowitz-Kleopha- und Giesche-Gruben stattfanden. Der Antrag lautete auf Abbau von 150 Beamten; der Kommissar bewilligte die Kündigung von 70 Beamten. Am Freitag finden Verhandlungen über den Antrag der Friedens- und Schellerhütte auf Arbeiterentlassungen statt.

Unter der Arbeiterschaft wird die Erregung über die andauernden Entlassungen immer größer. Der Erfolg des Streiks auf der Blei-Scharley-Grube hat ein gewaltiges Echo gefunden. In vielen Gruben veranstalteten die Arbeiter heute Meetings und faßten ebenfalls Beschlüsse auf Massenstreiks gegen Entlassungen.

In Lemberg fanden gestern große Demonstrationen statt. Die Arbeitslosen stürmten die größten Bäcker- und Fleischerläden der Stadt. Große Mengen Lebensmittel wurden unter die Hungernden verteilt. Die Polizei mußte sich angesichts der drohenden Haltung der Menge zurückziehen und die Feuerwehr zu Hilfe rufen. Erst nachdem die Feuerwehr ganze Straßenzüge unter Wasserdruck gesetzt hatte, lösten sich die Demonstrationen auf.

Die polnische Regierung zeigt sich über die Ausmaße des Aufruhrs in Polnisch-Oberschlesien äußerst bestürzt.

Gestern traf in Kattowitz der Vertreter des Handelsministeriums und des Ministeriums für soziale Fürsorge aus Warschau ein, um die Verhältnisse in der oberschlesischen Industrie zu „prüfen".

Amerikanische Handelsbilanz gefälscht

Washington, 17. Juni. Der Abteilungsvorstand im Handelsdepartement Ray Hall erhob gestern gegen die offizielle amerikanische Ein- und Ausfuhrstatistik die schwere Beschuldigung, daß sie gefälscht sei. Die darin veröffentlichten Ziffern seien um mindestens 300 Millionen Dollar zu günstig angegeben. Er folgere sich aus diesem Grunde, die offizielle Statistik in einer von ihm bearbeiteten Denkschrift des Ministeriums zu verwenden. Hall wurde darauf seines Postens enthoben.

Die Entfernung dieses Beamten aus dem Staatsdienst ist ein weiteres schweres Belastungsmoment für die amerikanische Regierung, daß sie zur Erhaltung ihrer Popularität in weiten Kreisen zu derartigen Täuschungsmanövern über das wirkliche Ausmaß der Krise geschritten ist.

Kurze Auslandsnachrichten

Arbeiterstreik in Palästina. Anläßlich des Jahrestages der Ermordung von Arabern wegen Teilnahme an den Augustunruhen 1929 fand in Palästina ein allgemeiner Arbeiterstreik statt.

*

Rumänische Militärs in Polen. Der rumänische Brigadegeneral Motas ist in Begleitung höherer rumänischer Offiziere zum Besuch der polnischen Armee in Warschau eingetroffen. Motas wird an verschiedenen militärischen Uebungen teilnehmen.

Unser Wahlsieg in Rumänien

Es steht jetzt endgültig fest, daß der Arbeiter- und Bauernblock in Rumänien fünf Mandate im Parlament zu besetzen vermochte. Diese Mandate erhalten der Rechtsanwalt Potrascanu aus Temesvar, der Rechtsanwalt Eugen Rozvani aus Oradea Mare, beide Mitglieder des Zentralkomitees des Arbeiter- und Bauernblocks, ferner Aladar Imre aus Satumare und Stefan Dan aus Targumuresch, beide Mitglieder des Zentralkomitees der Einheitsgewerkschaften, endlich ein Kleinbauer aus Czernowitz.

Die Regierungsblätter sehen in dem Wahlerfolg des Blockes die Bestätigung der Notwendigkeit, drakonische Maßnahmen zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung zu ergreifen.

Nach der amtlichen Mitteilung des Innenministeriums erreichte der Arbeiter- und Bauernblock 73 711 Stimmen oder 2,63 Prozent der abgegebenen Stimmen. In Wirklichkeit war aber die vom Block erhaltene Stimmenzahl bedeutend höher, da die Wahlbehörden, wo sie nur konnten, Blockstimmen annullierten. Dies war besonders in der Dobrudscha, in den siebenbürger und bessarabischen Wahlbezirken der Fall, wo Tausende von Blockstimmen für ungültig erklärt und nicht gezählt wurden.

Während der Block infolge des Terrors nur in 32 Bezirken von insgesamt 71 Wahlbezirken kandidieren konnte, haben die Sozialdemokraten in 41 Bezirken Kandidaten gehabt. Trotzdem haben sie aber nur 20 Prozent mehr Stimmen als der Block erhalten (insgesamt 95 000 Stimmen).

Von größter Bedeutung ist es, daß der Arbeiter- und Bauernblock den Sozialfaschismus in seinen bisherigen Hochburgen in Cluj (Siebenbürgen) sowie in Czernowitz (Bukowina) besiegen konnte. In Czernowitz ging der Block aus dem Wahlkampf als die zweitstärkste Partei hervor und erhielt 5187 Stimmen gegenüber 3970 Stimmen für die Sozialdemokraten.

Andererseits aber blieb der Block in den Industriestädten Altrumäniens hinter den Sozialdemokraten zurück. In Bukarest erhielt zwar der Block 1580 Stimmen, was eine Verdoppelung der bei den letzten Wahlen erreichten Zahl (800) bedeutet, ließ aber doch den Sozialdemokraten noch einen weiten Vorsprung, da diese 2765 Stimmen auf ihre Liste vereinigen konnten.

Bedeutende Erfolge hatte der Block in Siebenbürgen. In Temesvar erhielt er 10 487 Stimmen, in Bihor 9082, in Arad 5778, in Targumuresch 5193, in Satumare 4652, in Salsch 3699 und in Akermann (Bessarabien) 4187 Stimmen gegen 2462 für die Sozialdemokraten.

Australische Arbeiter verhindern Exmission

Sydney, 17. Juni. Heute kam es hier bei der Exmission der Mieter eines Hauses zu einem Zusammenstoße zwischen der Polizei und Arbeitslosen. Sieben Polizisten und 16 Arbeitslose wurden verletzt. Die Menge hatte das zu räumende Haus mit Hilfe von Stacheldraht in eine regelrechte Festung verwandelt, und erst nach längerem Feuergefecht mit den Arbeitslosen gelang es einer Abteilung von 40 Polizisten, in das Haus einzudringen.

EÇA DE QUEIROZ

Das Verbrechen des Paters Amaro

Copyright Neuer Deutscher Verlag u Berlin W 8.

Fortsetzung

Zu jener Zeit beschloß die Marquise, aus Amaro einen Geistlichen zu machen. Seinem blassen und mageren Gesicht schien dieses Schicksal bestimmt zu sein. Auf das Gymnasium wollte die Frau Marquise ihn allerdings nicht schicken, weil sie die Gottlosigkeit der Zeiten für ihn fürchtete. Darum unterrichtete ihn der Hauskaplan im Lateinischen, und die älteste Tochter Luiza, eine Stegnase hatte und Chateaubriand las, gab ihm französische und geographische Stunden.

Amaro war ein Gleisner. Die Bedienten des Hauses nannten ihn „tote Fliege". Nie spielte er, nie lief er in der Sonne umher. Wenn er am Nachmittag die Frau Marquise in die Pappelallee des Landhauses begleitete, wo sie am Arm des Pater Liset oder des Verwalters spazierenging, so war er an ihrer Seite, ernsthaft und sehr scheu, und zerrte mit seinen feuchten Händen am Futter der Hosentaschen.

Amaro tat sehr furchtsam. Er schlief bei brennender Kerze neben einer alten Amme. Uebrigens verwöhnten ihn die Dienstmädchen. Sie fanden ihn hübsch, darum nahmen sie ihn auf den Schoß, küßten ihn ab und kitzelten ihn. Er versteckte sich hinter den Schürzen und ließ sich Vertraulichkeiten mit zufriedenem Lächeln gefallen. Außerdem nützten ihn die Mädchen bei ihren gegenseitigen Intrigen aus. Amaro spielte den Zuträger. Er war hinterhältig dabei und sehr verlogen.

Mit elf Jahren übernahm er den Messedienst und die Reinigung der Kapelle. Der Samstag war fortan sein schönster Tag: Amaro schloß sich in der Kapelle ein, stellte die Heiligen ins Sonnenlicht und küßte sie mit frommer Zärtlichkeit und einer heiligen Befriedigung. Dazu trällerte er das „Santissimo", putzte den Staub aus den Falten der Heiligen Jungfrauen und reinigte die Gips und Kreide die Heiligenscheine der Märtyrer.

Inzwischen wuchs er natürlich auch, blieb aber mager und blaß. Niemals lachte er herzlich, immer hatte er die Hände in den Hosentaschen. Er war ungewöhnlich faul, und es viel schwer, ihn des Morgens aus seinem krankhaft festen Schlummer zu wecken. Dann lag er im weichen Bett, von den Decken fest umhüllt, und umarmte das Kopfkissen. Schon damals ging er ein wenig gebeugt, und die Diener nannten ihn „das Paterchen".

An einem feierlichen Sonntagmorgen fiel die Marquise, als sie nach der Messe auf die Terrasse kam, plötzlich mit einem Herzschlag tot zu Boden. In ihrem Testament bestimmte sie ein Legat dafür, daß Amaro mit fünfzehn Jahren auf das Seminar komme und die Priesterweihe erhalte. Damals war Amaro dreizehn Jahre alt.

Die Töchter der Marquise verließen bald darauf Carcavellos. Sie zogen nach Lissabon ins Haus einer Tante. Amaro kam zu seinem Onkel nach Eztzella. Dieser Krämer war ein dickbäuchiger Mann, mit der Tochter eines armen, städtischen Beamten verheiratet. Sie verehrte ihn, weil er sie aus dem Hause ihres Vaters erlöst hatte. Gleichzeitig haßte sie ihn wegen seiner behaarten Hände, wegen seines Ladens, wegen des abgelegenen Stadtviertels und des plebejischen Familiennamens einer Senhora Gonçalves. Der Gemahl dagegen verehrte sie als Lichtblick und Luxus seines Lebens.

In diesem Hause begegnete Amaro nicht die Freundlichkeit, die er in Carcavellos lässig genossen hatte.

Der Onkel ertrug Amaro wie ein unvorhergesehenes Uebel. Er steckte ihn hinter den Ladentisch.

Um fünf Uhr morgens ließ er ihn aufstehen. Dann zitterte der Junge in seinem Jackett aus blauem Tuch und brockte eilig sein Brot in die Tasse Kaffee — an einer Ecke des Küchentisches. Im übrigen verabscheuten ihn die beiden. Die Tante nannte ihn „Zwiebel", und der Onkel sagte zu ihm „Esel". Amaro wurde mager und weinte jede Nacht.

Darum sehnte sich der Junge nach dem Seminar wie nach einer Befreiung.

Ein Jahr, bevor er auf das Seminar kam, ließ der Onkel ihn zu einem Lehrer gehen, damit er seine lateinischen Kenntnisse ein wenig befestige. Zum ersten Male in seinem Leben spürte Amaro etwas Freiheit. Er ging allein zur Schule und schlenderte durch die Straßen. Er sah die Stadt, lauerte vor den Türen der Kaffeehäuser und las die Anschläge der Theater. Vor allen Dingen begann er, sehr auf die Frauen zu achten — und bei allem, was er sah, überkam ihn große Trauer. Seine trübe Stunde war die Abenddämmerung, wenn er aus der Schule heimging, oder Sonntags, nachdem er mit dem Buchhalter im Eztrellapark spazierengelaufen war. Sein Zimmer lag oben in der Mansarde mit dem Blick über die Dächer hinweg. Dort stand er und schaute hinaus auf den tiefergelegenen Teil der Stadt, wo nach und nach die Gaslaternen angezündet wurden. Er schien diese Lichter zu begreifen, von dorther drang ein unbestimmter Lärm: so mußte das Leben sein, das er nicht kannte und das ihm wunderbar erschien — da gab es Kaffeehäuser, die von Licht übergossen waren, und die Frauen, deren Seidenschleppen durch die Vorhallen der Theater rauschten. Er verlor sich in unklare Vorstellungen, und manchmal tauchten vor ihm aus dem Dunkel der Nacht weibliche Gestalten in fragmentarischer Verstümmelung auf: ein Bein mit Zugstiefeln und einem weißen Strumpf oder ein bis zur Achsel nackter Arm.

Zu jener Zeit bekam er eine leise Angst vor dem geistlichen Beruf, weil er da ja nicht heiraten könne ... Die Schulkameraden hatten ihn in seinen verweichlichten Neigungen schon mit schlüpfrigen Verderbtheiten vertraut gemacht. Heimlich rauchte er Zigaretten: so magerte er weiter ab und wurde noch blasser.

Dann kam er auf das Seminar. In den ersten Tagen spürte er finstere Grabestrauer, wenn er sich in den langen, etwas feuchten Steinkorridoren sah, wo trübe Lampen brannten, oder in den engen gradlinigen Zimmern, von schwarzen Soutanen umgeben, bei anbefohlenem Schweigen, in das der Ton der Gebetsglöcklein drang. Aber bald schloß er Freundschaften, sein hübsches Gesicht gefiel. Die Kameraden begannen, ihn zu duzen und ihn während der Erholungsstunden oder der sonntäglichen Spaziergänge mitzunehmen. Er durfte Anekdoten über die Lehrer mit anhören; man schimpfte über den Rektor und klagte ständig über die Melancholie der Weltabgeschlossenheit. Darum redeten fast alle sehnsuchtsvoll von dem freien Leben, das sie aufgegeben hatten. Die vom Lande kamen, konnten nicht die hellen, sonnenbeschienenen Tennen vergessen, nicht die Erntezeit mit ihren vielen Gesängen und kleinen Liebschaften, nicht die grasende Ochsenherde auf duftiger Wiese. Die aus kleinen Städten kamen, trauerten den engen und stillen Straßen nach, den heiteren Markttagen und den großen Abenteuern in der Zeit der ersten Lateinstunden. Keinem genügte der gepflasterte Schulhof mit seinen mageren Bäumen, den hohen Mauern und dem langweiligen Ballspiel: sie fühlten sich bedrückt in der Enge der Korridore, im Sankt-Ignatius-Zimmer, wo die Morgenandacht abgehalten und abends die Aufgaben studiert wurden. Darum beneideten sie jeden freien Menschen bis zu dem geringsten Kutscher oder Maultiertreiber.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310618-14/fragment/page=0003

Aus dem Saalkreis

Wuchtige Kundgebung gegen § 218 in Ammendorf

A.-K. Der Kampfausschuß gegen den § 218 hatte für Sonnabend, den 13. Juni, im „Goldenen Adler" zu einer Kundgebung gegen den Gebärzwang aufgerufen. Die Aerzte, Lehrer und Geistlichen von Ammendorf waren schriftlich eingeladen worden, sich zu den bestehenden Paragraphen — ablehnend oder zustimmend — zu äußern. Nur der Konrektor Schröder hatte eine Antwort eingesandt, in welcher er einerseits für Erhaltung des bestehenden Gesetzes eintritt, andererseits sich bereit erklärt, Frauen — die mehr als drei Kinder haben (!) — über Verhütung aufzuklären. Die anderen Akademiker haben es vorgezogen, ihre vollständige Isolierung von den werktätigen Massen zu demonstrieren. Oder sollte es bei einigen Angst vor den Rückwärtsern gewesen sein?

Eingerahmt wurde die Veranstaltung durch wirksame Vorträge von Frau Tromm-Schaaf, Berlin, die es verstand, vor allem die anwesenden Frauen zu begeistern. Anwesend waren zirka 600 Personen — davon mindestens 400 Frauen.

Die Referentin — Frau Hilde Zöllner aus Halle — zeigte in ihrem geradezu vorbildlich aufgebauten Referat auf, warum die herrschende Klasse in Deutschland sich mit allen Mitteln gegen eine Aenderung der bestehenden Gesetze wehrt. Am Schluß ihrer von den Anwesenden begeistert aufgenommenen Ausführungen forderte die Rednerin auf, die Solidaritätskampagne der IAH zu unterstützen. Dies sei die beste Antwort an die Befürworter der Abtreibungsparagraphen.

In der Diskussion sprach Frau Grube für den Verband für Sexualreform.

Für die IAH sprach Genossin Bartsch und für die KPD die Genossin Harken, die beide den Ausführungen der Referentin zustimmten und die anwesenden Frauen aufforderten, sich den Organisationen, die den Kampf für die Befreiung der Arbeiterfrauen führen, anzuschließen. Ein Genosse aus Bremen und der Genosse Schlegel unterstrichen die Ausführungen der Vorredner innen.

Gegner meldeten sich nicht, obgleich mehrmals volle Redefreiheit zugesichert wurde.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der der schärfste Kampf gegen den Schandparagraphen 218 gelobt und die Niederschlagung des Strafverfahrens gegen Dr. Friedrich Wolf und Frau Dr. Kienle gefordert wird.

Rundfunk-Programm

Freitag, den 19. Juni

6.30 Uhr: Funkgymnastik. Anschließend bis 8.15 Uhr: Frühkonzert (Schallplatten). 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst. Verkehrsfunk und Tagesprogramm. 10.10 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Werbenachrichten, verbunden mit Schallplattenkonzert. 12.05 Uhr: Orchesterkonzert (Schallplatten). 12.56 Uhr: Kurzer Zeitzeichen (Schluß 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervoraussage, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Uraufführung von Schallplatten (!). 14 Uhr: Wissenschaftliche Umschau. 14.30 Uhr: Studio des Mitteldeutschen Rundfunks. 15.15 Uhr: Dienst der Landfrau: Die Tanzfreudigkeit. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Auf europäischen Flughäfen. 16.30 Uhr: Nordische Musik. 17.30—17.35 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18 Uhr: Dichtung — Welt — Kritik. 18.25 Uhr: Sprachenfunk: Englisch. 18.50 Uhr: Wir geben Auskunft. 19 Uhr: Die Mietkaserne. 19.30 Uhr: Edith Lorand spielt. 20.30 Uhr: Operettenabend. 22 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 23.30 Uhr: Tanzmusik.

Sonderzüge zur Spartakiade nach Berlin

Die Landesleitung läßt zur Spartakiade Sonderzüge fahren. Es sollen zu Beginn und zu den Hauptiagen je ein Sonderzug fahren. Auch für den Bezirk Weißenfels soll ein Sonderzug zusammengestellt werden.

Der Fahrpreis beträgt pro Teilnehmer für Hin- und Rückfahrt von Halle aus gerechnet 6,60 M. Für die Agitationsbezirke Eisleben und Sangerhausen werden wir Gesellschaftsfahrten bis Halle organisieren, so daß diese Teilnehmer für verbilligten Preis nach Halle kommen und von dort aus an der Sonderzugfahrt teilnehmen können.

In allen Vereinen, in allen proletarischen Organisationen muß schnellstens dazu Stellung genommen werden. Teilnehmerlisten, auf denen sich jeder eintragen muß, sollen zirkulieren, um festzustellen, wieviel sich beteiligen werden. Die Meldungen müssen bis zum 21. Juni bei der Landesleitung eingegangen sein, um auch die Fahrt zur Durchführung bringen zu können. Das Fahrgeld muß sofort kassiert und bis 25. Juni in den Händen der Landesleitung Halle, Bergstraße 4, sein, da eine Garantiesumme 8 Tage vor der Fahrt bei der Reichsbahn hinterlegt werden muß. Die einzelnen Vereine, die die Vergünstigungen der Gesellschaftsfahrten für die Fahrt bis Halle in Anspruch nehmen wollen, wenden sich an die Stationsverwaltung, von der aus sie fahren wollen. Die Fahrt kann schon mit 15 Teilnehmern unter diesen Vergünstigungen angetreten werden. Nähere Auskunft darüber gibt die Landesleitung auf Anfragen sofort. Für jeden Teilnehmer an der Sonderzugfahrt werden Fahrkarten ausgegeben, die sofort nach Erhalt den Vereinen zugeteilt werden.

Jetzt gilt es schnell zu handeln. Laßt sofort die Teilnehmerlisten zirkulieren und meldet. Jeder sei sich der ungeheuren Bedeutung der Spartakiade bewußt und helfe nach seinen Kräften an dem Gelingen dieses gewaltigen Kampfaufmarsches mit.

Landesleitung.

Heraus zum Radsport

am 21. Juni zum Start des Städtekampfes der Fahrer Berlin—Halle—Leipzig im Straßenrennen auf der Strecke Halle (Trotha)—Teicha—Kattenmark—Löbejün—Domnitz—Beidersee—Trotha. Start: 6 Uhr früh bei Stegmann, Trotha. Ziel 7.30 Uhr früh bei Vogel, Trotha.

Die Beteiligung der Fahrer ist überholen, so daß es zu harten Kämpfen führt. Berlin schickt an Qualität die besten Fahrer. Es sind Max Fischer, Heinz Heimann (Köpenick), Gey und Neugebauer (Neukölln), Weber und Pauliche (Moabit), Lieb und Werner (Lichtenberg), Teßner und Werner (Schöneberg), Räder und Schulze (Friedrichshain). Ihnen gegenüber stehen die bekannten Leipziger Alfred Moser, Sächsischer Straßenmeister, Karl Männicke und Hebenstreit, Bahnmeister, zu ihnen zählen auch die neueingekämpften Fahrer Willy Schröder und Paul Liebmann.

Aber auch Halle wird ihre jungen Fahrer mit ins Feld schicken, welche ebenfalls mit Plätzeberechnen, wie Rolle, Loreck, Elite, Schmieb, Glaser, Möhr als Jugendfahrer wird ebenfalls sein Können zeigen. Weiter sind noch verschiedene Fahrer aus dem Landesgebiet gemeldet: Karl Haase (Stinkig), Max Nothling (Canena), Hermann Bleau (Ramsin bei Bitterfeld), Gustav Mustropf (Moabit), der Halliche Meister Franz Kaiser und der Auerbacher Friedrich (Berlin), welcher aus Merl Hammel, Schließlich soll er sich soviel Vorsprung, daß er erst seine Veteranen besucht. Darum werden keiner das interessante Straßenrennen am 21. Juni und unterstützen die Spartakiade im Kampf gegen Industrie und Berufssport, für roten Wehrsport. Deshalb muß du dich auch bei uns einreihen.

Reichsmeisterschaft der Schwerathleten in Weißenfels

Sonntag, den 21. Juni, findet in Weißenfels in der Turnhalle der Arbeiter-Turn- und -Sportvereinigung 1893, am Kaffeehaus, der erste Kampf in der Vorrunde um die Reichsmeisterschaft der Schwerathletik statt. Weißenfels 1893 und Fichte West, Leipzig, sind seine unbekannten Mannschaften in der roten Sportbewegung. Darum heißt es für die gesamte Arbeiterschaft in Weißenfels, auf in die

Betriebs-Spartakiadespiel Leuna—Piesteritz

Freitag, 19. Juni, 19 Uhr in Halle (Sandanger)

Turnhalle der 1893er, am Kaffeehaus. Für technisch guten Sport wird garantiert. Die Eintrittspreise sind so gehalten, daß jeder Erwerbslose und Vollarbeiter erscheinen kann.

Mannschaften kämpfen in folgender Aufstellung:

Fichte West, Leipzig—1893 Weißenfels

Fliegengewicht: Marksraf—Büchel
Bantamgewicht: P. Menzel—Pieter
Federgewicht: J. Menzel—E. Feierabend
Leichtgewicht: Dunger—M. Feierabend
Weltergewicht: Schiermicha—Kreda
Mittelgewicht: Walter—Müller
Halbschwergewicht: Rüdiger—Friedrich
Schwergewicht: Schiller—Butterling

Börsenspiel am Sonntag, den 21. Juni

15 Uhr: Altstadt 1.—Artern 1 Gebhardt, Sangerhausen

Der ASC-Spielmannszug tritt am Freitag, dem 19. Juni, um 19.30 Uhr, im „Gesellschaftshaus", Leipziger Straße, geschlossen an. Instrumente mitbringen.

Arbeiterschachklub Halle. Am kommenden Sonntag, dem 21. Juni, führt der Schachklub zum Stiftungsfest nach Sandersdorf, welches mit einem großen Turnier verbunden ist, an welchem Schachgenossen aus Berlin, Leipzig, Delitzsch, Bitterfeld, Weißenfels, Köthen-Bernburg teilnehmen. Gemeinsame Abfahrt mit Bernburg um 7.30 Uhr ab Hallmarkt. Jeder kann mitfahren, da ganz billiger Fahrpreis.

Arbeiter-Schützen. Freitag, den 19. Juni, nach der Uebungsstunde wichtige Besprechung.

ASC Halle. Sonnabend, den 20. Juni, Mannschaftsaufstellung der 1. u. 2. und Jugend im Vereinslokal. Alle Interessenten, die mit nach Hohenmölsen fahren, melden sich bei Albrecht, Promenade, Sonnabend, 20 Uhr.

Verantwortlich: Bruno Rothe, Halle, für Politik, Lokales, Sportes und Beilagen; Elia Seidel, Halle, für Provinz Kurt Kühn, Merseburg; für Betriebs und Gewerkschaften; Arthur Burkert, Halle, für Anzeigen.

WALHALLA
Der große Erfolg
Gastspiel Elise Aulinger mit Ensemble in
Münchner Luft
Operetten-Revue in 8 Bildern
Bayr. Original-Besetzung

Stadt-Theater
Beste Vorstellung, 20—22.30 Uhr.
Die Affäre Dreyfus
Schauspiel von Reinhold u. Herzog
Freitag, 20—22.45 Uhr
Die schöne Helena
Buffo-Oper von J. Offenbach

Moderne Küchen besonders billig
M. 75.— 88.— 95.— 105.— 145.— 165.— 185.— 225.— 265.—
Auf Wunsch Zahlungserleichterung
Transport frei
Bettenhaus Bruno Paris
Kl. Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9
3 Minuten vom Markt

Ehem. Akad. Russe erteilt erfolgreich **russ. Unterricht** Off. unter 1198 a. den Verlag des Klassenkampf

Neue Matjes
jetzt besonders fett und zart, eine wirkliche Delikatesse, billig durch direkten Einkauf und Waggonbezüge
Stück nur 15, 20, 25 und 30 ₰ in der
Nordsee
1 Waggon Sardellen
Beste Holländer staatsgestempelte, gutgepflegte 1930er Ware,
1 Pfd 115 ₰, ½ Pfd. nur 30 ₰
3 Stück nur 10 ₰
Ferner:
Prachtvolle Fettbücklinge . . . ½ Pfd. 28 ₰
1 Waggon Fischkonserven
wirklich delikat, pikant, appetitanregend, nahrhaft, dabei sehr billig, alle Dosengrößen, auch ausgewogen. Für Ausflug, Sport und Reise der beste, preiswerteste und wohlschmeckendste Proviant.
1 Waggon Seefische
Goldbarsch ohne Kopf . . 28 ₰
Goldbarschfilet . . . . . 60 ₰

Aus Heeresbeständen und anderes:

Militär-Drellhacken und -hosen, je	1,50
Militär-Stiefel	4,75
Militär-Schnürschuhe	4,75
Militär-Mäntel an	9,50
Militär-Röcke, feldgrau an	4,75
„ „ „ neu	19,50
Militär-Tuchhosen, schwarz	4,85
„ „ feldgrau, neu	8,75
Militär-Wollsocken	0,65
Militär-Unterhosen	1,00
Militär-Hemden	1,00
Militär-Tornister, neu und gebraucht	
Militär-Brotbeutel an	1,25
Militär-Feldflaschen an	0,35
Militär-Zeltbahnen, neu an	8,90
Wanderhemden	3,45
Windjacken, imprägniert an	6,85
Trainings-Anzüge an	4,90
Lumberjacks, moderne Muster	13,85
Breaches-Hosen in feldgrau, Cord	
Velveton, gute Qualitäten an	4,90
Pilot-Hosen	3,80
Arbeitsschuhe, Rindleder	6,85

Versand nach außerhalb gegen Nachnahme
Siegmund Schwarz GmbH.
Halle a. d. S., Gr. Märkerstr. 5

Sie kaufen ihn am besten bei unseren Inserenten!

Billig:

Ger. Landspeck	1 Pfd.	nur 88 Pf.
Schweineschmalz	1 „	„ 47 „
Margarine	1 „	„ 34 „
Salatöl	1 „	„ 38 „
Himbeersaft	1 „	„ 47 „
Schnittnudeln, Hartgrießware	1 Pfd.	44 „
Makkaroni	1 „	46 „
Eierteigeinlagen	1 „	50 „
Bollerie	1 „	18 „
Suppenreis, glasiert	1 „	18 „
Vanille-Puddingpulver	¼ „	8 „
Erdbeer-Puddingpulver	¼ „	10 „
Kakao	1 „	50 „
Kaffee	¼ „	45 „
Perlkaffee	¼ „	42 „
Frische Zitronen	1 Stück	5 „
Schnittfeste Tomaten	1 Pfd.	40 „
Fettheringe	10 Stück	30 „
Saure Gurken	1 Stck.	5 „
Neue saure Gurken		10 „
Fettheringe i. Tomaten, große Dose		50 „
Seelachsschnitte	½ Pfd.	15 „
Delikater Fleischsalat	¼ „	20 „
Bisbonbon	¼ „	18 „
Pfefferminzbruch	¼ „	18 „
Getreidungsmaffeln	¼ „	18 „
Speisefschokolade, 100-Gr.-Tafel		15 „
Bollm.-Erbn.-Schok., 100-Gr.-T.		15 „
Bollmilchschokolade, 100-Gr.-T.		30 „

Niedermeier
G. m. b. H. — Filialen-Großbetrieb
Geiststraße 47

Luisenbad
Promenade 19 Telephon 253
Weißenfels
Sämtliche ärztliche Verordnungen für Private und Krankenkassen (auch außer dem Hause) werden gewissenhaft ausgeführt.
Geöffnet von 8—20 Uhr
Kurt Laue

Licht- und Kraftwerke Wittenberg, G. m. b. H.
Wittenberg, Hallesche Str. 32
Installation von: 167
Elektrische Anlagen
Gas- und Wasseranlagen
Lieferung von:
Gas- und Stromgeräten
Beleuchtungskörpern
Auf Miete mit Eigentumserwerb

Stadtschützenhaus
Zauber-Revue
Ramiro
kommt!

Frdl. möbl. Zimmer z. vermieten. Hohenweidenerweg 43

Schlieder-Ausschnitt
Leder-Abfälle aller Art billigst bei
Wilh. Kranig
Waisenhausring 14

Allerfeinst. Himbeer-Saft pfd. 48 ₰
Donnerstag, Freitag Sonnabend veranstalte ich 3 billige Wurst-
Reklame-Tage
Für nur 100 Pf.
liefere ich zusammen:
¼ Pfund **Schlackwurst**
¼ Pfund **Mettwurst**
¼ Pfund **Jagdwurst**
¼ Pfd. **Knoblauchwurst**
¼ Pfd. **Kalbsleberwurst**
Ganz besonders empfehle allerfeinste zarte
Schweine-Schnitzel 108 ₰
A. Knäusel Butter, Wurst, Fleischwaren

Zeitzer Farbenhaus
Neumarktstr. 12
Billigste Bezugsquelle für
Farben Lacke Tapeten

Wer bei S & F kauft, spart Geld
1930er Pfälzer Weißwein mit Glas **-.98**
für Bowle besonders geeignet 1/1-Ltr.-Flasche
St. Martiner . . . 1/1 Flasche **-.75**
Edenkobner . 1/1 Flasche **-.90**
Frische Eier solange Vorrat, 10 Stück -.55 **-.70**
Neue Kartoffeln . . . . . 3 Pfund **-.43**
Matjes-Heringe . . . . . 3 Stück **-.40**
Steinweg 13 Geiststr. 61 Am Steintor 7 Reilstr. 3
SCHADE & FÜLLGRABE
G. m. b. H.
5% Rückvergütung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310618-14/fragment/page=0004

PROLETARISCHES FEUILLETON

Tischlein deck dich!

Von Siegfried Nebel

Neben dem mächtigen Schacht, der hoch in die öde Regungslosigkeit des Nachthimmels auftrate, brannte eine grelle, einsame Bogenlampe. Ab und zu lief ein kühler Windstoß den Rücken der breiten, schwarzen Halde entlang. Sonst war alles still. Die dreitausend Kumpels im Mansfelder Kupferschieferbergbau streikten.

Die Posten, die aus den umliegenden Dörfern herangestiegen waren, hielten in kleinen Gruppen zusammenstehend und nur kurze Strecken voneinander entfernt, die ganze Nacht ein kilometerweites Gebiet umzingelt. Sie mußten scharf achtgeben. Stahlhelmleute versuchten versucht, die Halde hinaufzuklimmen. Landjägerautos tauchten plötzlich mit feindlich abgeblendeten Lichtern heran. Die Posten vom reformistischen Streikbüro aber, das neben der revo-

lutionären Leitung sich aufgetan hatte, verkündeten unlängst in vielen Unorganisierten, daß die versprochene Streikunterstützung nicht gewährt werde. So drohten Hunger und Niederlage.

Als im beginnenden Zwielicht der Mond zurücktrat, hörten sich die großen, weißen Steinbrocken, die am Wege rings um die Halde lagen, auf zu leuchten. Ein paar Leichen stiegen. Die Augen der Kumpels wurden müde wie von eingestreutem Sand.

Die drei, die an dem breiten Rain nahe der Chaussee ihren Ruheplatz hatten, lagerten sich jetzt nacheinander nachdenklich in das leuchten Gras zwischen den graugrünen Roggenwänden. Die gemeinsam verteilten Zigaretten verglommen. In der Unterhaltsigkeit, in der die grauen Nebelschwaden der nahen Täler sich fortbewegten, füllten sich auch die Köpfe mit ungewiß wechselnden Bildern und Fragen. „Es ist klar", sagte einer der Posten, dabei die Stirn jetzt mehr Falten aufwies als sonst, „aushungern wollen sie uns!"

„Du irrst dich, Halmann, sie werden's nicht schaffen", entgegnete der alte Brauer und schüttelte gelassen den Kopf. Er pflückte bedächtig einige zarte Halme; in geheimer Freude begann er zu lachen: „Daß wir zu einem solchen Streik gekommen sind, hätt's nicht gedacht... und wie sich alle daran beteiligen, die Erwerbslosen und alle!"

„Ja, da kannst du mal sehen, Alter", rief der zwanzigjährige, vor längerer Zeit entlassene Robert, „seine Kerls sind wir!" Stolz in die Erwerbslosen, zwinkerte er lustig mit den Augen. „Und überdem, im RGO.-Lokal habe ich gelesen", fügte er mit einem geschäftlichen Klang in seiner Stimme hinzu, „die Arbeiter in Berlin und in ganz Deutschland, die kümmern sich alle um unsern Streik und sammeln für uns." Brauer nickte. Der dritte, Halmann, der schwieg besorglich. Brauer sah ihm eine Weile lang zu: „Na, was willst? Woran denkst du denn eigentlich?" „Ach nichts, weiter nichts Besonderes." Die matte Stimme des Kumpels verriet jedoch das Gegenteil. Seine unrasierten Wangen schienen in den letzten Tagen noch dürrer geworden zu sein.

Wie um abzulenken von der zweifelrischen Stimmung Halmanns begann der alte Brauer ein Lied zu summen und kramte dann hinterher umständlich in den Taschen herum. „Werden wohl Ablösung bekommen", sagte er. „Und da, da seht mal... Mensch, da hab' ich ganz vergessen, ich hab' immer noch Schnitten in der Tasche. Da, Halmann, willst du haben?"

Halmann klopfte dem Alten lächelnd auf die Schulter: „Laß mir sein zu Hause hab' ich noch für heute." „Zier' dich nicht, kannst nicht mehr viel besitzen, wo du doch vier Kinder hast!" Halmanns Gesicht wurde sehr ernst: „Ihr von der RGO. habt doch immer erzählt, daß die IAH. kommen wird, stimmt das?" „Ja. Stimmt. Vielleicht schon heute!"

In der Morgenfrühe gingen die Kumpels nach Hause. Halmann bewohnte mit seiner Familie ein einziges Zimmer in einer der kostlosen Kasernen, die früher einmal für die polnischen Saisonarbeiter der nahen Güter errichtet worden waren. Stinkende Jauchecrinnsale flossen aus den armseligen Ziegen- und Hühnerställen über den Hof. Halmann war überrascht, als er schon aus einiger Entfernung die Stimme seiner Frau vernahm, die in verzweifeltem Ton, offenbar der Kinder wegen, schimpfte. Er ging schneller. Fragend verharrte er in der Tür.

Das scharfgeschnittene Gesicht der etwa dreißigjährigen Frau wurde beim Anblick ihres Mannes noch verzweifelter. Mit lebhaften Gesten und überstürzten Worten versuchte sie, ihm den Grund ihres heftigen Verdrusses klar zu machen. Halmann begriff nicht. Er sah sich um im Zimmer; es war schon aufgeräumt, schon sauber. In der dunkelsten Ecke, wo die Wände rissig und voller Löcher waren, hatte sich das jüngste Kind weinend zusammengekauert. Dort standen auch die drei anderen, verdutzt und mäuschenstill. Der älteste Junge blickte unsicher zu Boden; an der Stirn schimmerte ein blutiger Fleck. Die Mutter verlangte von ihm, er solle sprechen: „Sofort erzählst du alles! Hörst du?!" Der Junge schwieg. Auf Halmanns mit beruhigender Stimme gestellte Frage nach der Ursache des Blutflecks senkte sich das blasse Kindergesicht noch tiefer. „Er hat", begann jetzt die Frau, „heute nacht, als wir schliefen... das ganze Brot ist weg... wir haben gar nichts mehr... er hat's alles aufgegessen!"

Nach und nach gestand der Junge mit gepreßten Worten: Er war aufgewacht, und alles war stockfinster im Zimmer, und die Mutter schlief. Er dachte erst, er hätte Durst, und dann lag er noch lange im Bett, und die anderen Geschwister machten auch auf. Sie stießen sich im engen Bett und weinten, und er selber erhob sich. Er schob einen Stuhl an die Speisekammer, wo das Brot lag. Ganz leise, weil er Angst hatte, Mutter würde es hören. Als er klopfenden Herzens heruntersteigen wollte, schlug er lang hin, davon blutete die Stirn. Er teilte das Brot mit den Geschwistern, und die Mutter sah am Morgen die Krümel im Bett...

Doch so weit kam der Junge in seiner Erzählung nicht, als er das Kinn hob und des Vaters betrübtes Gesicht sah, schluchzte er auf in heftiger Bewegung. Erschrocken stürzte die Mutter hinzu, umarmte das Kind und versuchte, es zu beruhigen.

Halmann konnte nachher nicht schlafen. In den Pfützen auf dem Hof spiegelte sich die Sonne. Fliegenschwärme durchsummten die stinkende Luft. Die Frau war fortgegangen, um am Ende doch noch einige Eßwaren beschaffen zu können. Die Kinder hockten auf dem Hof. Halmann trat ans Fenster, unter dem die Spülwasser aus vielen Küchen vorbeisickerten. Nach einer Weile sah er die Frau zurückkommen; sie ging ganz langsam, sie hatte nirgends etwas erhalten. Auch beim Pastor war sie gewesen, dessen Haus hinter hohen Mauern tief in einem grünen Garten lag. Auf die leere Herdplatte starrend, erzählte sie: „Und alle Leute reden von der IAH., die wird was zu essen bringen. Bloß ich weiß nicht, wann sie kommt. Unterwegs war ich doch ganz oben auf dem Hügel. Da ist nirgends was zu sehen."

Halmann klopfte ihr lächelnd auf die Hand: „Sie wird schon was bringen, die IAH...." Er war sehr bestürzt von dem Ausmaß der Sorge, das seine Frau hinaufgetrieben hatte auf den Hügel, um zu spähen. Jeder Gedanke kreiste jetzt um die IAH. Die Frau ging hinaus, um den ältesten Jungen aufs Feld zu schicken, wo er Gras rupfen sollte für die Ziege. Als sie wieder eintrat, klagte sie, daß die Kinder gar nicht mehr spielen wollten. Vielleicht würde es ein Gewitter geben, es sei überall so still und drückend. „Hast du nicht einen Ball für die Kinder?" „Sie wollen gar keinen!" Halmann ging auf und ab. Zwei, drei Schritte waren das in dem kleinen Zimmer. Die Frau begab sich zu einer Nachbarin; sie wollte um einige Flicken anfragen für die Kleider der Kinder. So abgerissen konnten sie nicht bleiben, wenn sie wirklich, wie es hieß, verschickt werden würden von der IAH.

Halmann war inzwischen auf dem Stuhl eingenickt. Er sprang plötzlich auf und sah nach der Uhr. Niemand sonst war im Zimmer. Langsam ging er hinaus, um mal nachzusehen, was es im Streiklokal gab. Die Kinder waren anscheinend fortgelaufen. Der Hof war leer.

Auch auf der Straße befanden sich nur wenig Menschen. Die paar, die daherkamen, lachten und gestikulierten heftig und sonderbar. Das bedrückte Halmann noch mehr. Als er aber einige Worte auffing, veränderte sich sein Gesicht: sprachen die nicht vom Brot? Von der IAH.? Er getraute sich nicht, zu fragen, sondern beschleunigte nur seinen Schritt. An der Straßenbiegung sah er dann in einiger Entfernung vor sich einen bunten, lauten Haufen Volk. Vielleicht war das der Lärm, der ihn soeben geweckt hatte? Die Leute gingen alle hinter einem Wagen her. IAH.? Halmann schüttelte ungläubig, ganz für sich, den Kopf. Am Ende war's ein Zirkus, ein Zigeunerwagen. Die werden Pech haben, dachte er. Die seltsamsten Möglichkeiten fielen Halmann ein. Dabei ging er immer schneller; auf seiner Stirn, die sich vor Spannung ganz zusammenrunzelte, glänzten die Schweißtropfen.

Der Wagen hielt vor dem RGO.-Streiklokal. Wirklich, dort, genau dort, sollte ja die IAH.-Stelle aufgemacht werden! Dort in der Kneipe. Sie besaß einen mittelgroßen Saal, eine riesige Veranda und vor allem einen schattigen Hof mit vielen Bänken. In der Menge, aus der lachende Stimmen hervorschwirrten, gewahrte Halmann auch drei seiner Kinder. Die Kinder hatten ihn ebenfalls erblickt, aber ungestüm hampelnd drängten sie zwischen den vielen Füßen und Armen der Erwachsenen nach vorne. Ein süßer, herrlicher Duft von Brot entstieg dem geöffneten Wagen. Die Kinder wurden ganz still. Halmann wollte dort stehen bleiben, wo er stand. Als er aber die mächtige Ladung von Hunderten von braunen, glänzenden Broten sah, die entladen werden sollte auf die langen Tische der Veranda, ging es ihm genau so wie seinen Kindern. Mit den andern Kumpels und den Frauen rückte er lachend und neugierig heran — und dabei wußte er doch, wie Brot aussieht.

Ein paar junge Kumpels trällerten allerhand dummes Zeug zusammen. Ausgelassen klatschten sie einander mit breiter Hand auf die Schultern. „IAH.... IAH?" Immerzu konnte man das Wort hören. „Natürlich: IAH.! Und morgen wird hier die Küche aufgemacht... Das Transparent muß rausgehängt werden, los, los!" Eine Kette, vom Wagen zur Veranda reichend, wurde gebildet; einer reichte die Brote dem andern zu. Halmann stellte sich neben den alten Brauer, der auch da war. Als sich die beiden umblickten, gewahrten sie grinsend, wie die Kette immer größer wurde und in weitem Bogen sich ausbuchtete, so daß die Brote in den Händen auf langem Umweg wie kleine Schiffe auf bewegten Wellen schwammen.

Halmann stieg die bergige Straße hinan nach Hause. Er war bepackt mit Brot, mit den drei Kindern und einem langen Stück Wurst. Die vielen Fragen der Kinder konnte er kaum beantworten. Er hob das kleinste, neugierigste, hoch und wies über die fernen, hügligen Felder, die dunstig verschwammen: „Die Arbeiter, die da überall wohnen, die haben uns das alles geschickt."

Die Frau war noch nicht zurück oder aber schon wieder fortgegangen. Halmann machte eine große Portion Schnitten zurecht, stellte auf den weißgedeckten Tisch die Gläser und goß die vorhandene Ziegenmilch ein. Die Kinder, die immerfort über die Tischkante lugten, drängte er zur Seite: „Noch nicht!" Da aber die Frau noch ziemlich lange ausblieb, mußte er die Kinder doch wieder heranholen. Sie kletterten auf die Stühle und trieben gemeinsam die hartnäckigen Fliegen fort. Frau Halmann trat später in großer Erregung ein. Die Kinder und der Vater verdeckten mit ihren Rücken schnell den Tisch.

„Die IAH. ist gekommen, geh' schnell hin!", rief die Frau. „Quatsch!" „Aber ich hab' doch selber gesehen!" „Wer weiß, was du wieder gesehen hast!" „Na geh' doch hin, lauf' doch schnell", bat die Frau, „ich hab' gefragt, morgen kommen auch die Kinder weg!" Halmann machte zu alledem ein geringschätziges Gesicht, aber die drei Kinder verrieten alles durch ihr Kichern. Die Mutter lief lachend hinter ihnen her, und sie hopften lustig um Tisch und Stühle.

Sie wollten sich gerade setzen. Die Kinder machten ein zustimmendes „Hm!", als sie die Räucherwurst auf dem Brot bekrochen und verstohlen auch beleckten. Halmann tat, als ob er schimpfe: „Wo warst du denn überhaupt so lange?", fragte er die Frau. „Hast dich wohl mit einem andern herumgetrieben?!" Sie lachte zunächst, sich insgeheim über diese Neckerei freuend, doch wurde sie sofort ernst und unruhig. Sie lief zum Fenster. Der älteste Junge war noch nicht zurückgekommen vom Feld. Alle hatten ihn vergessen. Die Mutter warf ihre Schürze beiseite und eilte den Feldweg hinaus, wo sie das Kind vermutete. Nirgends war was zu erblicken. Sie rief. Sie wurde allmählich ängstlich. In ihrem rasenden Lauf knickte sie auf dem Rain immerfort um. Endlich atmete sie auf, sie fand den Jungen, er war eingeschlafen neben dem Sack voll Gras. Die Spuren auf den staubigen Wangen verrieten, daß er geweint hatte. Ein kleines Häufchen Schoten lag neben ihm; davon hatte er anscheinend gegessen.

Zufrieden verging der Tag. Nur die Kinder quälten naturgemäß mit ständigen Fragen nach der IAH. Halmann aber freute sich darüber. Nachdem er seinen ältesten Jungen zu einer Versammlung in der Abenddämmerung mitgenommen hatte, wollte das Kind gar nicht mehr schlafen gehen. Alle Trübsal war wie von frischem Wind fortgeblasen.

Im tiefen Dunkel leuchtete wieder die grelle Bogenlampe am reglosen Schacht. Die Streikposten kamen heran aus den Dörfern. Sie gingen leise, ohne viel Worte. Am Weg leuchteten die weißen Steine. Halmann, Robert und der alte Brauer bezogen wieder ihren Platz nahe der Chaussee.

Protest!

Telegramm des Internationalen Büros

Der Internationale Arbeiterverlag hat folgendes Telegramm kommen:

„Wir protestieren im Namen aller revolutionären Schriftsteller der Welt gegen die Beschlagnahme des Romans „Barrikaden am Wedding" und senden dem Genossen Klaus Neukrantz unsere wärmsten Grüße."

Internationale Vereinigung revolutionärer Schriftsteller: Averbach, Barbusse, Sjerafimowitsch, Gladkov, Anna Kasawewa, Bela Illes, Panferrow, Fadeew, Jaseinsky, Mikitenke, Hidas, Michael Gold, Germanetto, Siao, Fabri, John dos Passos, Johannes Becher, Renn, Marchwitza.

Denkmalsweihe

Von Fritz Bernhard

Rechts ging Tante Wilhelmine, links Harras und in der Mitte ich. Es war Sonntag Nachmittag.

Tante Wilhelmine und ich, wir beide waren wieder mal einer Meinung; und zwar drehte sich der Streit diesmal um das neue Denkmal, das die Stadt Obergulhupfen vor acht Tagen feierlich enthüllt hatte.

„Du wirst als alter Frontsoldat doch nicht bestreiten," sagte Tante spitz, „daß euch der Kriegshund sehr gute Dienste geleistet hat."

„Wie werde ich das bestreiten! Im Gegenteil! Nur bin ich der Meinung, daß man der Hundewelt seinen Dank besser abstatten sollte, als durch ein Stück behauenen Stein!"

„Willst du damit etwas gegen die bildende Kunst sagen?" Tante Wilhelmine wurde immer spitzer.

„Ich denke gar nicht daran," sagte ich schnell, „nur, sieh mal, es ist mit den Hunden genau so wie mit den Menschen. Ihr baut schöne Denkmäler für die Toten und laßt die Lebenden krepieren."

„Das ist eben deine Auffassung." Spitzer ging es nun nicht mehr. „Uebrigens ist das Denkmal von Professor Ganglius-München." Gerade wollte ich Tante Wilhelmine noch ein wenig mehr hochzubringen, als wir am Denkmal angelangt waren.

Sie hatten hinter der Obergulhupfener Kirche ein viereckiges Eisengitter aufgeführt. Die Rasenfläche im Innern des Viereks durchschnitt ein kreisrunder Kiesweg. In der Mitte leuchtete das steinerne Monument von Professor Ganglius-München, ein Mittelding zwischen einer mageren Hyäne und einem fetten Osterlamm. Das erste, was mir auffiel, als wir durch die offene Gittertür traten, war ein Schild: „Hunde sind an der Leine zu führen".

Harras ging wie immer „bei Fuß" neben mir. Weit und breit war kein Obergulhupfener zu sehen. Die Einweihung des Denkmales war ja auch schon 8 Tage her. —

Andächtig war Tante Wilhelmine stehen geblieben, ich neben ihr. Verstohlen sah ich auf Harras hinunter. Der guckte mich fragend mit seinen großen, braunen Schäferhundeaugen an. Ob er wohl seinen steinernen Kameraden dort erkennen würde? Ich konnte es mir nicht verkneifen, ich zwinkerte ihm heimlich meine Genehmigung zu einer näheren Bekanntschaft mit der Bildsäule zu.

Und da geschah das Entsetzliche.

Harras „betrat die Grünfläche". Dann trabte er einmal um das Standbild herum. Dann wendete er sich plötzlich in einer kurzen Volte, hielt, Backbord an Steuerbord, seitwärts neben dem Bildwerk des Professors Ganglius-München, dann hob er das rechte Hinterbein und — und —

Und heute noch gellt mir der Schrei Tante Wilhelminens in den Ohren. —

Verantwortlich: Richard Krause, Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310618-14/fragment/page=0005

Rund um den Erdball

Heute in Lüneburg Prozeßbeginn gegen den „Totschläger" Straube

Prügel, Bibel, Kasernendrill...

Weit über 100 000 Jugendliche in deutschen Fürsorgehöllen

Heute morgen begann in Lüneburg der Scheuen-Prozeß, der etwa 4 bis 5 Wochen in Anspruch nehmen soll. Der gerichtsnotorische „Totschläger", Erziehungsdirektor Paul Straube, und 35 Zöglinge, die sogenannte „Zopfträger-Garde", von der Berliner Städtischen Erziehungsanstalt Scheuen, haben sich wegen der Vorgänge vom 18. Februar 1930, die zum Tode des Zöglings Hans Ledebur führten, zu verantworten. Aus Anlaß dieses Prozesses, von dem wir selbstverständlich eingehend berichten werden, gaben wir unserm Genossen Landtagsabgeordneten Karl Schulz das Wort zu einer grundsätzlichen Betrachtung der staatlichen „Fürsorge".

Genau wie zu Wilhelm des Getürmten Zeiten

In bürgerlichen Kreisen wird die Fürsorgeerziehung, im besonderen nach Schaffung des „Reichsjugend-Wohlfahrtsgesetzes", gern als „ein Zweig sozialer Fürsorge" gepriesen. Dieser Schwindel wird treffend entlarvt durch die Tatsache, daß noch in der republikanischen Periode wie zu Wilhelms Zeiten, z. B. im statistischen Jahrbuch Preußens für 1923, über die Fürsorgeerziehung unter dem Titel „Gefängnisse, sowie Zwangs- und Fürsorgeerziehung" berichtet wurde. Tatsächlich ist die Fürsorgeerziehung oft nicht im geringsten von Gefängniszuständen zu unterscheiden. Die Quälereien, Mißhandlungen, denen die Opfer, das sind die in Fürsorgeerziehung genommenen Jugendlichen, allzu häufig unterworfen werden, übersteigen oft alles, was man sich an Brutalitäten vorstellen kann.

Soziale Ursachen der Jugend-„Verwahrlosung"

Es entspricht durchaus dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß die Massen der Zöglinge Kinder der werktätigen Bevölkerung sind. Die Eltern, die von der Sorge um die Beschaffung der Lebensnotdurft aufgerieben werden, können selbstverständlich keine „idealen Erzieher" sein. Krankheiten, Unglücksfälle, Todesfälle, furchtbar gesteigert durch den Weltkrieg und seine Folgen, die ungeheuerliche Massenerwerbslosigkeit, Lohn-, Gehaltsabbau und Steuerdruck, sowie die Lebensmittelverteuerung, sind sicher wirkende Ursachen der sogenannten „Verwahrlosung" der Jugend. In Fürsorge-„Erziehung" befanden sich in Preußen:

Jahr	männlich	weiblich	zusammen
1913	36 210	20 254	56 464
1917	40 823	22 572	63 395
1927	36 896	26 988	63 884
1928	35 005	26 325	61 330

Diese Zehntausende sind es also, die die Behörden in Behandlung nehmen, weitere Zehntausende junger Menschenkinder unterwerfen die Bürokraten der „Schutzaufsicht", die durch das „Reichsjugend-Wohlfahrtsgesetz" erst eingeführt worden ist, und vielfach nur die Vorform der Fürsorgeerziehung darstellt.

Mit Gummiknüppel und „härteren Waffen"

In den meisten Anstalten der Fürsorgeerziehung herrscht noch immer der Prügel, der Kasernendrill, die Bibel und das Kirchengesangbuch. Noch immer wird amtlich geprügelt. Wie wenig liebevolle Fürsorge als vielmehr Zwang die staatliche Erziehung charakterisiert, beweist auch der Erlaß des preußischen Wohlfahrtsministers vom 12. Juli 1929, der die Prügelstrafe zwar einschränkt, sie aber keineswegs verbietet. Es heißt da im Erlaß, daß bei:

„... männlichen Zöglingen im Alter von 8 Jahren bis zur Beendigung der Schulpflicht die körperliche Züchtigung noch in Grenzen zulässig ist, die ihr für die Schulen durch den Erlaß des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gezogen sind."

Für den kapitalistischen Staat, der seine werktätigen Massen mit Gummiknüppel und „härteren Waffen" traktiert, ist der Prügel ein „Erziehungsmittel", auf das er auch gegenüber der Jugend nicht verzichten will. Die Tatsache, daß namentlich Jugendliche, die sich aktiv in der kommunistischen Jugendbewegung betätigen, in Fürsorgeerziehung überwiesen werden, zeigt das Bestreben kapitalistischer Staatsorgane, der revolutionär eingestellten Jugend den politischen Kampfwillen auszuprügeln. Allerdings ein vergebliches Unterfangen!

Die Brüningsche Notverordnung, die der Jugend nur in den seltensten Fällen die Erwerbslosenunterstützung gewährt, die der Jugend die Krisenunterstützung raubte, sie von der Wohlfahrtsunterstützung nahezu völlig ausperrt, sind die furchtbarste Zuchtrute, mit denen der Ausbeuterstaat und seine faschistischen und sozialfaschistischen Lakaien die Jugend in die „Verwahrlosung" geradezu hineinpeitscht.

Wie auch der Scheuen-Prozeß ausfallen wird...

Weit über hunderttausend Jugendliche sind in Fürsorgeerziehung. Weitere Zehntausende sind aufs schwerste gefährdet. Welchem entsetzlichen Schandsystem die Fürsorgezöglinge ausgeliefert sind, das hat der Scheuenprozeß gegen den Redakteur Dr. Frei von „Berlin am Morgen" enthüllt. Der Zöglingsmord und die Brutalitäten von Scheuen werden ab heute im Lüneburger Schwurgerichtssaal aufgerollt werden. Der Lüneburger Prozeß wird nicht nur die Bestialitäten des notorischen „Totschlägers und Menschenschinders" Straube aufrollen. Dieser Prozeß wird auch — mag das Urteil des Gerichts lauten wie es will — der Fürsorgeerziehung endgültig den Stempel eines niederträchtigen Schandsystems aufdrücken. Die Opfer des „Totschlägers und Menschenschinders" befinden sich seit Monate in Haft, der „Totschläger und Menschenschinder" — so nannte das Moabiter Gericht den Straube, erfreut sich unbeschränkter Freiheit. Ein Skandal der Klassenjustiz! Aber auch im gleichen Maße ein vernichtender Skandal des Wohlfahrtsministers und seiner Fürsorgebehörden!

Karl Schulz, Mdl.

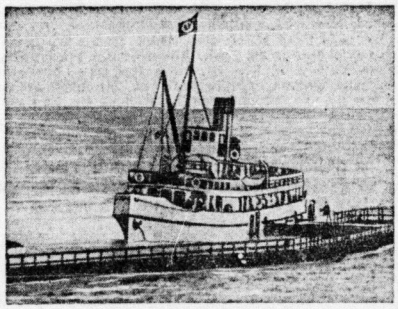
Das Verbrechen der Schiffsreeder an der Loiremündung

Noch 200 Leichen im Schiffsrumpf

Bisher 514 Tote festgestellt, darunter 11 Oesterreicher

Paris, 17. Juni. Am Mittwochmorgen veröffentlichten die Behörden eine neue Liste mit den Namen der Opfer, die auf dem Ausflugsdampfer „St. Philibert" der verbrecherischen Profitgier der Schiffsreeder gemordet wurden. Sie nennt 514 Namen und ist noch längst nicht endgültig.

Unter den Toten befinden sich auch 11 Oesterreicher, die in einer Fabrik in Nantes arbeiteten. Im Rumpf des unter-



Das Unglücksschiff „St. Philibert"

gegangenen Dampfers sollen sich noch die Leichen von etwa 200 Personen befinden.

Am Strande bei St. Nazaire werden ständig allerlei Gegenstände, die den Opfern der Katastrophe gehörten, angetrieben, so Damenhandtaschen, Kragen, Schuhe, Kindermagen und anderes. Mittwoch früh wurden die Baggerarbeiten aufgenommen, um die genaue Lage des Schiffswracks festzustellen und die Fahrrinne wieder freizumachen. Von einer Verhaftung der Schuldigen dieser größten Schiffskatastrophe nach der „Titanic", können wir jedoch bis zur Stunde noch nichts berichten.

Zum Galgen getragen

Barbarische Hinrichtung der zwei ungarischen Giftmörderinnen

Budapest, 17. Juni. Am Mittwochmorgen wurde im Gefängnishof des Szolnoker Gerichts die wegen Giftmord in vier Fällen zum Tode durch den Strang verurteilten Frauen Rosa Szabo und Anna Csordas hingerichtet. Der Vollzug der „irdischen Gerechtigkeit" gestaltete sich zu einem der abstoßendsten und grauenhaftesten Schandtaten der ungarischen Blutjustiz.

Inmitten von Blumenbeeten waren die beiden Galgen aufgestellt. Während Frau Csordas die ganze Nacht in einemfort getobt und geschrieen hatte, war Frau Szabo in gänzliche Apathie verfallen und wimmerte nur hin und wieder nach ihrem im Gefängnis geborenen elf Monate alten Töchterchen. Am Morgen waren beide Frauen so entkräftet, daß sie von den Henkersknechten zum Galgen getragen werden mußten. Frau Szabo wurde zuerst den Henker überantwortet. Dann brachte man eine spanische Wand um den Galgen, damit der Leichnam verdeckt wurde, worauf Frau Csordas in den Gefängnishof getragen wurde. Kurz vor dem Galgen begann sie noch einmal mit der Aufbietung ihrer letzten Kräfte mit den Henkersknechten zu ringen, wobei sie so laut schrie, daß ihr der Schaum auf den Lippen stand. Selbst der Scharfrichter soll von diesen grauenhaft-barbarischen Szenen so gepackt worden sein, daß er vor Entsetzen in Tränen ausbrach. So geschehen im Jahre 1931 und in einem Staate, der sich in heuchlerischer Selbstgefälligkeit gerne den „allerchristlichsten" nennt.

Die Rheinreise unserer Mannheimer Sportgenossen

Im Paddelboot zur Spartakiade

Erwerbslose „Möwe"-Wassersportler berichten über ihre Propagandafahrt

Wie wir bereits berichteten, verließ am 18. Mai eine Gruppe der Wassersportsparte der Freien Sportvereinigung Möwe-Mannheim mit ihren Booten Mannheim, um auf dem Wasserwege nach Berlin zur Spartakiade zu gelangen. Die Genossen sind ermattet. Sie wollen nicht fehlen bei dem grandiosen Aufmarsch der roten Sportler der ganzen Welt in Berlin. Die Wassersportler Mannheims haben damit den roten Sportlern ein Beispiel gegeben, trotz aller Schwierigkeiten an der Spartakiade teilzunehmen.

Der Rhein liegt hinter uns. Bereits ist ein großes Stück der 2000 Kilometer langen Strecke von Mannheim nach Berlin bewältigt. Unsere Fahrt zur Weltspartakiade vom 4. bis 12. Juli in Berlin ist über alles Erwarten bis jetzt gut verlaufen.

Begünstigt vom guten Wetter und der Freundlichkeit einiger Schiffsleute, die uns ins Schlepptau nahmen, sind wir mit unseren Paddelbooten in schnellem Tempo den Rhein heruntergefahren. Unsere mitgeführten Transparente „Die roten Sportlerfahren zur Weltspartakiade" machten eine gute Propaganda für das große Treffen der Arbeitersportler. Ueberall erregten wir mit den über die Boote gespannten Transparenten Aufsehen.

Schwierigkeiten bereitete uns die Frage des Nachtlagers. Nicht überall werden wir freundlich als rote Sportler aufgenommen. Es gibt Dörfer, in denen die von kirchlicher und nationalsozialistischer Seite beeinflußte Bevölkerung in ihrer Einstellung noch rückständig und reaktionär ist. Aber was tut das uns? Mit großer Freude und Begeisterung werden wir überall von den roten Sportlern und den Arbeitern der revolutionären Bewegung empfangen. Wir lernten in Wirklichkeit das Wort „Solidarität" kennen. Die revolutionären Arbeiter aller Städte verbindet das gleiche Wollen und das gleiche Ziel:

Die Weltspartakiade des roten Arbeitersportes zu einer mächtigen Demonstration zu machen gegen die internationale Kulturreaktion, gegen den Faschismus, für den Sieg des revolutionären Proletariats in der ganzen Welt!

U-Boot „Nautilus" im Schlepp

Kapitän Hubert Wilkins teilt in einem Telegramm mit, daß sich das U-Boot „Nautilus" nunmehr im Schlepp mit Kurs auf Queenstown (Irland) befinde. Die Ingenieure versuchten inzwischen, die Maschinen wieder in Gang zu bringen. Die Arbeit werde voraussichtlich zwei Tage in Anspruch nehmen.

Mordaufklärung nach zehn Jahren

In Duisburg wurde am Dienstag der Gastwirt Goletz unter dem dringenden Verdacht verhaftet, vor zehn Jahren in Falkenberg in Oberschlesien den Oekonomen Hübscher ermordet und beraubt zu haben. Goletz hat jetzt die Uhr des Ermordeten zum Kauf an.

Schweres Erdbeben nördlich Kabul

Nach einer „Times"-Meldung aus Lahore wurde das Gebiet nördlich Kabul von einem schweren Erdbeben heimgesucht. 15 Personen sind getötet und mehr als 50 Häuser zerstört worden.

Zehn Jahre Zuchthaus

Das Hamburger Schwurgericht verurteilte den Gelegenheitsarbeiter Hille, der seine Ehefrau in einer Wirtschaft in St. Pauli erstochen hatte, zu zehn Jahren Zuchthaus.

Mit einem blauen Auge davongekommen

ist der Flugschüler dieses verunglückten Flugzeuges; kurz nach dem Start rutschte er mit seiner Maschine ab, fiel auf das Dach des Flugzeugschuppens und kam mit dem Schrecken davon.

Verantwortlich: Richard Krause, Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310618-14/fragment/page=0006

Aus der Arbeit der R.G.O.

Polizei in Mitgliederversammlungen des Landarbeiterverbandes

L.-K. Die am Freitag stattgefundene Mitgliederversammlung (!) des Deutschen Landarbeiterverbandes in Querfurt tagte unter dem Schutze von zwei schwerbewaffneten Polizeibeamten. Der Kreisleiter Kaiser vom DLV, Renegat Schneider und der bekannte Koch hatten durch Vermittlung des Polizeigewaltigen Henke (Mitglied der SPD), diesen Schutz für ihre persönliche Sicherheit angefordert. Der Genosse Ludwig war auf Betreiben dieser Bonzen und Renegaten aus dem DLV ausgeschlossen worden. Man befürchtete, daß der Genosse Ludwig in dieser Versammlung sprechen würde. Auf Anfrage des Genossen Ludwig, wer die Polizei bestellt hat und zu welchem Zweck, bekannten sich die Bonzen auch dazu. Sie gaben an, die Polizei ist angefordert worden zum Schutze der Versammlung, die aus ganzen zehn Mitgliedern bestand.

Nachdem die Versammlung eröffnet wurde, forderte man den Genossen Ludwig auf, unter Androhung einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch, das Haus zu verlassen.

Es kam aber anders, als es sich die Bonzen ausgelegt hatten. Unter dem Druck der Mitglieder mußte man den Genossen Ludwig in Versammlungsraum belassen und ihn in der Diskussion sprechen lassen. Er rechnete ganz gehörig mit den Bonzen ab und entlarvte speziell den Herrn Kaiser, der von den Beiträgen der Landarbeiterproleten ein angenehmes Leben führt. Renegat Schneider, der früher am wildesten auf die DLV-Bonzen schimpfte, unterstützt heute dieselben durch seinen eigenen Verrat. Für ihn ist die Hauptsache ein gutes Glas Bier und Autofahrten.

Die Landarbeiter im Kreise Querfurt erkennen diese Sorte Arbeitervertreter" und geben ihnen die Quittung durch Eintritt in den roten Landarbeiter-Verband.

Allein in der Industrie:

6,3 Milliarden Lohnraub

Schuld der ADGB-Bürokratie — Stellt bis 4. Juli Anträge zum ADGB-Kongreß!

In welch verheerendem Maße sich die Krise des kapitalistischen Systems seit Juli 1929 auf die Löhne der Industriearbeiterschaft ausgewirkt hat, davon sollen hatte nüchterne Zahlen sprechen, hinter denen sich die grauenhafte Not der in den Betrieben schuftenden Arbeiter und das unaussprechliche Elend der Millionenarmee der Erwerbslosen verbirgt.

Nach amtlichen Zahlen berechnet, betrug vom Juli 1929 bis September 1930 der Lohnraub an den Industriearbeitern bereits 2793 Millionen Mark = 14 Prozent des gesamten Lohneinkommens. Sprungartig steigert sich diese Zahl mit der Vertiefung der Krise, im Februar 1931 stieg der den Arbeitern geraubte Lohn bereits bis auf 5221 Millionen Mark und Ende April 1931 erreichte der Lohnraub bereits die ungeheuerliche Summe von 6338 Millionen Mark = 31,7 Prozent, also fast ein Drittel des gesamten Lohneinkommens der Industriearbeiterschaft.

Die von Stegerwald angegebene Summe von 7½ Milliarden Mark für den Lohn- und Gehaltsabzug an allen Werktätigen entspricht also nicht den Tatsachen. Denn wenn man bedenkt, daß in den oben angegebenen Zahlen kaum die Hälfte der deutschen werktätigen Bevölkerung erfaßt ist, daß bei den Angestellten und Beamten und dem kleinen Mittelstand durch den Raub ihres Einkommens der Prozeß der Proletarisierung im gleichen Tempo vor sich geht, ist es nicht zu hoch gegriffen, wenn man die oben angeführte Zahl für alle den deutschen Werktätigen geraubten Lohneinkommen verdoppelt. So ergibt sich die Feststellung, daß das Gesamteinkommen der deutschen werktätigen Bevölkerung seit Juni 1929 um fast 13 Milliarden Mark gesunken ist.

Damit aber nicht genug, wird die neue Notverordnung mit ihren 1736 Millionen neuen Massenbelastungen, von denen über eine Milliarde auf die Industriearbeiterschaft abgewälzt werden soll, das Gesamtlohneinkommen weiter um ein unerträgliches Maß schmälern. Darüber hinaus wird sich mit ungefähr weiteren drei Milliarden die von den reformistischen Gewerkschaftsführern propagierte und in der Notverordnung vorgesehene 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich auf das Lohneinkommen der Industriearbeiterschaft auswirken.

Diese Zahlen sind eine empörende Anklage gegen die sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer, die die Kämpfe gegen den Lohnraub durch die Polizei ihrer sozialdemokratischen Polizeipräsidenten mit blutigen Attacken auseinanderknüppeln ließen. Ja, die als offene Streikbruchorganisatoren die unter Führung der RGO stehenden Streikkämpfe mit den brutalsten Streikbrechermethoden abwürgen.

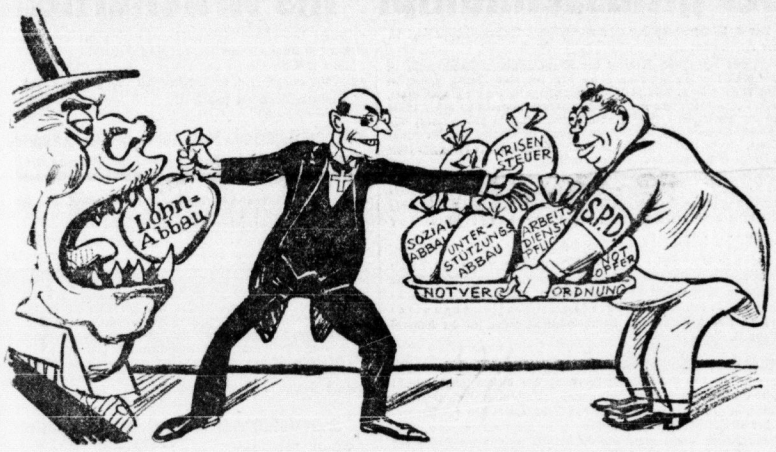
Unter der Führung der RGO müssen jetzt die Massen den Kampf gegen die Notverordnung, den Kampf für die 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich, für den Arbeitsbeschaffungsplan der KPD, der für Millionen Erwerbslose den Weg zu Arbeit und Brot zeigt, aufnehmen. In allen Betrieben, Kontoren und Stempelstellen müssen Kampfausschüsse gewählt werden, die unter Führung der RGO den Massenstreik gegen jede weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der Werktätigen organisieren und die Volksaktion gegen die Volksausplünderung aufnehmen.

Die Bonzen der Gewerkschaften haben zu dem im August stattfindenden Kongreß des ADGB ihre Direktiven erlassen. Bis zum 4. Juli müssen in den Ortsausschüssen und Verbänden die Anträge eingereicht sein. RGO-Fraktionen im ADGB, antwortet den Förderern des Lohnraubs und den „Aerzten" des kapitalistischen Systems mit der Durchführung der proletarischen Direktiven, setzt überall die Annahme eurer Anträge und die Wahl von klassenbewußten Delegierten durch.

Ueber alle Knappschaftsfragen

ist im Bezirksmaßstabe eine Auskunftsstelle errichtet worden. Anfragen über Knappschaftsunterstützung, über Krankenangelegenheiten usw. sind zu richten an den Kameraden Richard Knorr, Halle, Magdeburger Straße 60.

Im Zeichen der Hungersnotverordnung



Medizin für den kranken Kapitalismus: Doktor Brüning kann sich auf den sozialfaschistischen Heilgehilfen verlassen...!

SPD-Arbeiter! Wie lange hast du noch Geduld? Mache Schluß, versage diesen Führern die Gefolgschaft! Her zur roten Klassenfront! Hinein in die RGO! Organisiert den Massensturm gegen Faschismus und Lohnraub!

Gewerkschaftsbonze entschuldigt sich beim Unternehmer

L.-K. Die Bauarbeiter am Gemeindebau von Helbra standen im Streik gegen Lohnkürzung durch den Hakenkreuz-Bauunternehmer Wohlauf. Der Streik wurde abgebrochen durch den Verrat der Baugewerkschaftsbonzen. Maßregelungen blieben nicht aus. Für die gemaßregelten Kollegen zog man andere Arbeitskräfte heran. Die Bauarbeiter von Helbra protestierten beim Gemeindevorsteher gegen diese Maßnahme. Die unternehmerfreundlichen Bauarbeiter mußten entlassen werden. Der Naziunternehmer benutzte diese Gelegenheit, um drei weitere, ihm mißliebige Bauarbeiter abzuschieben. Die Entlassungsbescheinigung trug den Vermerk „Auf Veranlassung der Gemeinde Helbra". Das Arbeitsamt Eisleben bestand auf Ausstellung richtiger Entlassungspapiere. Die zweite Ausfertigung trug den Vermerk „Wegen Arbeitsmangel entlassen" obwohl neue Arbeitskräfte eingestellt wurden!

Die Bauarbeiter zwangen nun den Bonzen, gerichtlich vorzugehen. In der Klage vor dem Arbeitsgericht Eisleben wurde das Urteil zu ungunsten der Bauarbeiter gefällt. Durch den Verrat der Bonzen wurde ihre Klage aber abgewiesen. Nach Urteilsverkündung steuerte der Nazi-Bauunternehmer auf den Bauarbeiterbonzen Bloßfeld zu und sagte: „Nun, was haben Sie für Ihre Genossen herausgeholt?"

Der Bonze Bloßfeld entschuldigte sich gegenüber dem Unternehmer Wohlauf indem er sagte: „Es war nicht meine Absicht gegen Sie klagbar zu werden. Die Arbeiter zwangen mich dazu"!

Bauarbeiter, erkennt an diesem Fall das enge Zusammenarbeiten der Bauarbeiterbonzen mit den Bauunternehmern zur Preisgabe der elementarsten Forderungen der Bauarbeiterschaft. Gebt den Unternehmerlakaien den Fußtritt, jagt sie aus euren Reihen. Reiht euch ein in die RGO! Kämpft mit für ein freies sozialistisches Deutschland!

Setzt euer Kampfprogramm durch

Reformist mitschuldig an der Explosion auf Lauchhammer

L.-K. Zu der bereits von uns gemeldeten Kohlenstaubexplosion der Brikettfabrik Lauchhammer, bei der bekanntlich sechs Arbeiter verletzt wurden, wird uns von den dort beschäftigten Arbeitern etwas Näheres über die Ursache der Explosion geschrieben.

Das „Liebenwerder Kreisblatt" berichtete, daß es sich nur um eine leichte Kohlenstaubverpuffung handelte. Die Zahl der verletzten Arbeiter beweist allerdings etwas anderes. Die im Betrieb beschäftigten Arbeiter empfehlen dem Berichterstatter und dem geehrten Redakteurstab der Kreisstadt, einmal einer solchen „leichten Kohlenstaubverpuffung" aus nächster Nähe mit beizuwohnen und als günstigsten Beobachtungsstand den Schnecken- oder Trockenkorrate-Boden auszusuchen. Sie brauchen keine Angst zu haben. Es gibt einen kleinen Puff. Damit hat sichs. Die Rückfahrt können die Schreibersseelen dann im Lauchhammer Krankenauto antreten.

Mitverantwortlich für die Explosion ist der reformistische Betriebsratsvorsitzende Richter, der die Zustände, die derartige Unfälle zur Folge haben, geduldet hat. Die RGO hatte zu den Betriebsratswahlen in ihrem betrieblichen Kampfprogramm folgende Punkte aufgenommen:

Zur Verhütung von Unfällen, zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Belegschaft gemäßend Reparatur- und Reinigungsarbeiten während der Feierschichten durchzuführen.

Die Vernachlässigung ist die Ursache der Explosion am Sonntag früh.

Während der Feierschichten wurden immer mehr Arbeiter eingesetzt. Dem sich anhäufenden Kohlenstaub wurde keine Beachtung geschenkt. Die Betriebsleitung erließ die Anweisung, Reinigungs- und Reparaturarbeiten billiger zu gestalten. Die Kollegen Apparateure hatten selbst Bedenken, als man im vorigen Winter aus jeder Schicht einen Mann einsparte. Sie sagten damals selbst, daß das auf die Dauer nicht gut gehen wird.

Das Kampfprogramm enthielt dafür folgende Forderungen:

Einstellung aller Rationalisierungsarbeiten, Unterlassung aller Einsparungen von Bedienungspersonal an laufenden Maschinen.

Der reformistische Betriebsrat Richter machte sich in den Versammlungen zur Betriebsratswahl über diese Forderungen lustig und höhnte darüber. Es muß festgestellt werden, daß es ihm damals mit seinen demagogischen Phrasen gelang, noch einen großen Teil der Belegschaft auf seine Seite zu ziehen. Diese „Arbeitervertreter" haben sich noch deutlicher entlarvt, nachdem sie mithalfen, einige Kandidaten der roten Einheitsliste zu maßregeln und brotlos zu machen. Möglich war dies mit ausgiebiger Unterstützung des Nazihäuptlings Fehling. Beide faschistischen Brüder arbeiten Hand in Hand.

Ihr sehnlichster Wunsch, den Betrieb kommunistenrein zu machen, ist ihnen jedoch nicht gelungen.

Kollegen! Gegen diese Ausbeutermethoden, die euch nur Gefahren für Leben und Gesundheit bringen, müßt ihr Front machen. Hinein in die RGO! Baut die Betriebsgruppe der RGO aus. Kämpft für die im betrieblichen Kampfprogramm der RGO enthaltenen Forderungen.

Wie eine Lawine

muß ins Rollen kommen der Kampf der Bergarbeiter gegen den Hungerfeldzug der Bourgeoisie. Nehmt in allen Betrieben, in allen Orten vor den Auszahlstellen der Knappschaftsrenten Stellung zum Lohn- und Knappschaftsraub. Wählt Delegierte zu den angesetzten Konferenzen und meldet diese sofort dem Bezirkskomitee der IG Bergbau, Halle, Magdeburger Straße 60.

Mit Speck fängt man Mäuse!

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Die Gewerbeaufsicht nahm kürzlich eine Besichtigung des Betriebes Mauersberger in Ammendorf vor. Die Belegschaft glaubt nicht, daß diese Kommission gesehen hat, wie es in dem Betrieb aussieht. Der Betrieb zählt 80 Mann Belegschaft und hat keinen Betriebsrat. Wahrscheinlich hat der Herr Kramell selbst den Betriebsrat dargestellt. Dieser Herr hat ja den Bogen am besten raus, wie man Arbeiterinnen bis zum äußersten antreibt. Er hat die schöne Methode, mit Lockmitteln die Arbeiterinnen zu Höchstleistungen anzuspornen. Er spricht: „Wenn Sie 50 Mäntel bügeln, bekommen Sie ein Osterei", oder: „Wenn Sie 100 Hosen bügeln, eine Tafel Schokolade". Leider sind einige Arbeiterinnen auf diese Ausbeutermethoden hereingefallen.

Kolleginnen! Auch in eurer Bude muß der Kampf geführt werden gegen die Ausbeutung, sonst ziehen sie euch noch mehr das Fell über die Ohren. Vor allen Dingen wählt euch einen Betriebsrat, der gewillt ist, eure Interessen zu vertreten. Ein Semmler, der Hand in Hand mit Herrn Kramell arbeitet, kann eure Interessen nicht vertreten.

Organisiert euch in der RGO, die gemeinsam mit der KPD kämpft gegen alle Ausbeuter. Nur in einem freien sozialistischen Deutschland sind bessere Arbeits- und Existenzbedingungen möglich. Schafft sofort eine Betriebsgruppe der RGO.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310618-14/fragment/page=0007

HALLE

Donnerstag, den 18. Juni 1931

Schiele und die Krise

Der Ausweg aus der Krise: Zurück ins Mittelalter.

In der Saalezeitung beschäftigt sich der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schiele, Naumburg, mit folgender Frage:

„Wie wird der Winter 1932/33 aussehen?"

Herr Schiele ist sich offenbar mit der gesamten Bourgeoisie einig, daß der bevorstehende Winter 1931/32 in seinen Schrecken die Winterperioden der vergangenen Jahre weit übertreffen wird. Wenn er in banger Sorge um die Zukunft die Frage aufwirft, was der übernächste Winter bringen wird, so zeigt das die völlige Verwirrung und Hoffnungslosigkeit der reaktionären Bürger, denen es jetzt schon einskalt über den Rücken läuft, wenn sie überhaupt an ihre Zukunft denken. Das blödsinnige Geschreibsel des Herrn Schiele, der von den Ursachen der Wirtschaftskrise keine blasse Ahnung hat und in seinem Leitartikel niedliche Geschichten, Gleichnisse, Königsgeschichten und anderen Plunder anführt, interessiert hier nicht weiter. Interessant ist nur, zu erfahren, daß Schiele einen sogenannten Zehnjahresplan ausgeknobelt hat und sich bitter darüber beklagt, daß niemand seine „Volkswirtschaftspläne" ernst nehmen will. Noch interessanter ist aber, daß die „Saale-Zeitung" solchen Unsinn, wie wir hier gleich sehen werden, veröffentlicht. Die „Rettung" aus der Krise nach dem Rezept des Herrn Schiele sieht so aus:

„Wenn Ihr Deutschen vor dem Aufgehen der Bestellzeit einen Einjahrplan (und ebenso solchen Zehnjahrplan) der Rückverwandlung Deutschlands in ein Agrarland beginnt und ausführt ... so kann tatsächlich dieses deutsche Industrievolk in den Städten noch am Leben erhalten und in den Zustand eines lebensfähigen Gleichgewichts zwischen Industrie und Landwirtschaft (im mittleuropäischen Raum) hinübergerettet werden."

Der Schiele will also im mitteleuropäischen Raum, d. h. jenseits der Sowjetunion, Deutschland wieder in ein Agrarland zurückverwandeln. Er setzt noch hinzu, daß der Bolschewismus sicher ist, wenn eine Reichsregierung im Frühjahr 1932 vor dieser Aufgabe versagt. Wir sollen also alle wieder zur Hacke und zur Schippe greifen, um in einem sogenannten Agrar-Deutschland von Schieles Gnaden wieder zu besseren Verhältnissen zu kommen. — Diese famose und blödsinnige Idee des Herrn Schiele entspricht voll und ganz dem reaktionären Geist der bankrotten Bourgeoisie. Schiele macht durch seinen „genialen Plan" sogar dem Sozialdemokraten Tarnow Konkurrenz, der bekanntlich den verfaulenden Kapitalismus wieder gesund heilen will. Zurück ins Mittelalter, vielleicht noch zurück in den Urzustand der Nomadenvölker — so will die Bourgeoisie des 20. Jahrhunderts die Krise beseitigen. Man vergesse nicht, daß die Ideen des Herrn Schiele ebenso wie die seines sozialdemokratischen Kollegen Tarnow ernst gemeint ist.

Die arbeitende Bevölkerung sagt über die Bankrotteure Schiele und Tarnow. Sie ist weder gewillt, dem Vorschlag Schieles zu folgen, noch den kranken Kapitalismus zu heilen. Die Arbeiter wollen nicht Arzt, sondern Totengräber des Kapitalismus sein. Sie kämpfen für die Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Kommunistischen Partei.

Mit Genossenschaftszerstörern wird abgerechnet

In einem Artikel des „Volksblatt" vom 13. Juni wird auch über die am 12. Juni stattgefundene Vertreterversammlungdes AKV berichtet und dabei behauptet, daß der AKV nocher an alle sozialdemokratischen Vertreter die Nachricht habe gelangen lassen, daß sie aus dem AKV ausgeschlossen wären. Diese Behauptung entspricht in keiner Weise den Tatsachen: **Ausgeschlossen sind insgesamt 38 ehemalige Aufsichtsratsmitglieder und Vertreter, die entweder durch ihre Tätigkeit, durch ihre von Verleumdungen strotzenden Flugblätter die Organisation auf das schwerste schädigten oder bei denen festgestellt wurde, daß sie Mitglied des sozialdemokratischen Krämerladens geworden sind und demnach auf Grund des § 69 des Genossenschaftsgesetzes aus der Organisation ausgeschlossen werden mußten.** Durch ihre Zugehörigkeit zu dem Konsumladen im Harz, wie auch durch die von ihnen eingesandten Austrittserklärungen hatten diese Vertreter ja selbst zum Ausdruck gebracht, daß sie auf ihre Zugehörigkeit zum AKV keinerlei Wert legten. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß derartige Gestalten auch nicht mehr als Funktionäre eines Konsumvereins in Frage kommen können.

Wenn die übrigen Vertreter der SPD und der Renegatenliste nicht zu der Vertreterversammlung erschienen und sich mit einer lendenlahmen Erklärung aus der Situation zu retten versuchten, so kennzeichnet das nur deren Feigheit und Erbärmlichkeit. Die Vertreterversammlung war nach den statutarischen Bestimmungen einberufen und hat auch entsprechend ihrer Zusammensetzung die Beschlüsse zur Neuwahl des Aufsichtsrates und zum Vorstand des AKV gefaßt.

Schundliteratur bringt Arbeiter ins Gefängnis

Das schwierige Problem, das heute Millionen Erwerbslose bewegt, wie bekomme ich meine Familie satt, beschäftigte auch einen Arbeiter B. aus Ermlitz. Mit 13.50 Mark Unterstützung pro Woche soll er Frau und Kind satt füttern. Doch das Experiment will, wie allen Erwerbslosen, auch ihm nicht gelingen. Anstatt jedoch mit seinen Klassengenossen gegen die Schuldigen seines Elends zu kämpfen, schmökert er in Räuberromanen herum, liest Schundliteratur statt gute Bücher der Arbeiterbewegung. Um sich Geld zu verschaffen, schreibt er an einen Mühlenbesitzer einen Drohbrief, in dem er diesen auffordert, bis zu einem bestimmten Tage 70 Mark an einem angegebenen Platz niederzulegen, andernfalls er „beseitigt" werden wird und die Gebäude angebrannt werden. Auch an den Tischler M. schrieb er einen solchen Brief. Von diesem verlangte er, daß er seine Unterstützung (auch der Tischler war erwerbslos) an einen bestimmten Platz legen soll. In dem Brief standen fast dieselben Drohungen wie in dem ersteren, nur daß im letzteren noch angedroht wurde, daß, falls das Geld nicht gefunden wird, er „in die Fremdenlegion geschleppt" werden würde.

Aus dem naiven Vorgehen des Angeklagten, der noch nie bestraft ist, geht hervor, daß er sich der Tragweite seiner Handlungsweise gar nicht bewußt war. An der Aufmachung der Briefe war zu ersehen, daß ein Räuberroman als Briefsteller benutzt wurde. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte ihn jedoch zu 5 Monaten, allerdings mit Bewährungsfrist. Der Angeklagte gab zu, in Räuberromanen geschmökert zu haben. Es ist nicht das erstemal, daß durch diesen Schund junge Menschen ins Gefängnis kommen. Während man die Arbeiterliteratur mit allen Mitteln bekämpft und unterdrückt, wie den roten Ein-Mark-Roman „Barrikaden am Wedding", ja sogar unter das Schmutz- und Schundgesetz stellt, läßt man diese Schundbücher auf dem Markt zu. Man begünstigt den Verkauf, weil man weiß, daß die jungen Arbeiter, die diesen Dreck lesen, vom Klassenkampf ferngehalten werden.

Vergebliche Hetze der Sozialfaschisten

Sie loben über die Bestimmungen des Vergleichs und vergessen ihre eigenen „Versprechungen"!

In der Ausgabe vom 13. Juni berichtete das „Volksblatt" aus den Vergleichsverhandlungen des AKV, daß die gerichtliche Vertrauensperson, der Direktor Hildebrandt, in seinen Ausführungen zugestanden haben soll, daß der AKV nicht in der Lage sei, den Vergleich durchzuführen. Dazu heißt es dann wörtlich:

„daß die Sparer und Mitglieder durch die Zwangsverpflichtung, vier Jahre lang jährlich 350 Mark umzusetzen, sich ihr Sparguthaben selber zusammenkonsumieren müssen und daß darüber hinaus ihre Konsumkraft noch die Mittel für die anderen Sparer, für die Lieferanten und für die ganz riesigen Unkosten des AKV aufbringen soll".

Im Januar d. J. gründeten die sozialfaschistischen Genossenschaftszerstörer, die seit April vergangenen Jahres mit allen Mitteln auf den Konkurs des AKV hingearbeitet hatten, einen neuen „richtigen" Konsumverein, der mit allen Mitteln der Arbeiterschaft empfohlen wurde. Alles wurde versucht, die Mitglieder des AKV zum Beitritt in die neue Konsum- und Spargenossenschaft zu bewegen. Besonders wurden die von den Sozialfaschisten selbst organisierten Schwierigkeiten des AKV benutzt, um den Mitgliedern zu beweisen, daß die einzige Rettung für sie der Eintritt in den sozialdemokratischen Konsumladen wäre. Die Genossenschaftsinstanzen, die GGG sowie der Zentralverband deutscher Konsumvereine, gaben bei der Gründung jener Spalterorganisation eine Erklärung ab, in der es hieß:

„Die neugegründete Konsum- und Spargenossenschaft für Halle und Umgebung wird sich mit Unterstützung der GEG, Hamburg, bemühen, die eigenen Mitglieder, soweit dieselben seitherher dem Allgemeinen Konsumverein Halle angehörten, möglichst zu schützen. Diese Beihilfe kann aber nur solchen Mitgliedern gewährt werden, die sich im neuen Verein ausreichend genossenschaftlich betätigen.

Für diese Beihilfe gelten die folgenden Voraussetzungen:

1. **Der Beitritt zu der Konsum- und Spargenossenschaft Halle und Umg. muß bis spätestens 30. April 1931 erfolgt sein.**
2. **Für die Dauer der nächsten 5 Jahre muß der Durchschnittsumsatz je Mitglied des Vereins, der Anspruch auf Beihilfe des Vereins erhebt, jedoch mindestens 500 Mark betragen.**
3. **Für Spareinlagen, die bis 31. Dezember 1930 gekündigt waren.**

Nebenbei war aus dieser Erklärung bemerkenswert, daß die Anstellung beruflich tätiger Vorstandsmitglieder nur mit Zustimmung der GEG, des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und des Revisionsverbandes erfolgen dürfte. Wichtig ist aber die Tatsache, daß von den Mitgliedern, die diesen Sirenenklängen gefolgt wären, gefordert wurde, daß sie mindestens 5 Jahre lang 500 Mark Jahresumsatz haben müßten, um evtl. eine Beihilfe zu bekommen.

Die Schar dieser Mitglieder ist nicht groß geworden! In seinem Laden am Harz führt dieser sozialdemokratische Konsumverein ein stilles und beschauliches Dasein. Ganze 680 Mitglieder sind bisher trotz aller Versprechungen, in das Genossenschaftsregister eingetragen. Die Sozialfaschisten hatten es sich so schön vorgestellt, mit dem von ihnen organisierten Konkurs des AKV ihrem Vereinchen, ihrer Spalterorganisation neue Mitglieder zutreiben zu können. Diese Hoffnung ist zuschanden geworden, und deshalb schimpfen sie!

Die klassenbewußte Arbeiterschaft hält ihrem Unternehmen, dem AKV, dem roten Konsumverein, die unverbrüchliche Treue und geht über jene politischen Bankrotteure zur Tagesordnung über.

Oeffentliche Auseinandersetzung

mit dem Stahlhelm und der NSDAP in der am Freitag, dem 19. Juni, 20 Uhr, im Gesellschaftshaus stattfindenden Massenversammlung über

Nationale oder proletarische Wehrpolitik?

Vom Kampfkomitee gegen RFB- und RJ-Verbot spricht Leutnant a. D.

Erich Wollenberg.

Die Gauleiter des Stahlhelms, Hauptmann Hüttner und von der NSDAP Jordan sind durch Einschreibefrist eingeladen, in der Diskussion zu sprechen. Dreiviertel Stunde Redezeit ist jedem Gauleiter zugesichert.

Werktätige von Halle, Mitglieder und Sympathisierende des Stahlhelms und der NSDAP, kommt recht zahlreich zu dieser Versammlung.

Karten im Vorverkauf: Buchhandlung Lerchenfeldstraße und Harz.

Die Rote Schmiede tritt mit vollständigem neuem Programm auf.

Kampfkomitee gegen RFB- und RJ-Verbot.

Der „Klassenkampf" ins Arbeiterheim!

Der 3. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale sagt in einer Resolution:

„Das eigentliche Element der kommunistischen Kampfpresse ist die direkte Teilnahme an den von der Partei geführten Kampagnen. Alle politischen Kampagnen, die die Partei führt, alle Lebendigkeit und der Erfolg derselben kommen in erster Linie in der Parteipresse zum Ausdruck. Sie zerreißt und entlarvt alle Täuschungsmanöver, Irreführungen und Verleumdungen der feindlichen Presse und zeigt klar den Werktätigen den einzig richtigen Weg auf, den sie gehen müssen."

Dieser Satz stellt die Partei vor eine der wichtigsten Aufgaben. Soll der gemeinsame Kampf von Partei und Parteipresse den erwarteten Erfolg haben, so bedeutet das nicht mehr und nicht weniger die Entfaltung einer fortdauernden regen Werbetätigkeit für den „Klassenkampf".

*

Unsere Aufgabe, breite Schichten der proletarischen Bevölkerung von dem Gift der sozialfaschistischen und bürgerlichen Presse zu befreien, können wir nur dann erfüllen, wenn wir in den Betrieben, in den Wohngebieten und Massenorganisationen eine revolutionäre, ungehemmte Offensive für die kommunistische Presse entfalten.

*

Nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist dabei die Erwerbslosigkeit. Ein Verzicht auf Werbung aus diesem Grunde heißt Kapitulation vor den bürgerlichen und sozialdemokratischen Pressereptilen, heißt die vielen Tausende von Arbeiterfamilien auch weiterhin der Beeinflussung durch die bürgerliche Schmokpresse überlassen. Die bürgerliche Presse greift als Großmacht weit in die Heime der Arbeiterklasse hinein. Wo hätte sie sonst ihre Leserscharen her?

Hier muß der Hebel angesetzt, hier muß mit der Werbung begonnen werden.

*

In das Arbeiterheim gehört die kommunistische Presse, in das Arbeiterheim gehört der „Klassenkampf", er allein kämpft gegen die kapitalistischen Ausbeuter, gegen die Hungeroffensive der Brüning-Regierung, er allein zeigt allen Unterdrückten den Ausweg aus Elend und Not.

Der „Klassenkampf"

muß ganz Mitteldeutschland überschwemmen. Nur durch zielbewußte und organisierte Werbearbeit ist dieses Ziel zu erreichen. Wir eröffnen deshalb unter dem Rufe:

Unsere Antwort an Brüning und Severing

eine Werbeoffensive mit dem Ziel, in jeder Ortsgruppe die Auflage um 25 Prozent zu steigern. Bis zum 31. Juli muß dieses Ziel erreicht sein.

Jede Ortsgruppe, jede Betriebs- und Straßenzelle stellt sofort den Werbeplan auf. Er muß innerhalb einer Woche bei der Bezirksleitung schriftlich eingereicht werden. Auch die überparteilichen Organisationen sind verpflichtet, sich mit aller Energie in den Dienst der Werbung zu stellen.

Nur wenn alle Kräfte der Partei für die Durchführung dieser Aufgabe eingesetzt werden, ist das Ziel zu erreichen.

Wir dürfen unsere Klassenbrüder nicht kampflos der bürgerlichen Presse überlassen. Deshalb jeder Kommunist ein Werber für den „Klassenkampf".

Genossen in den Ortsgruppen und Zellen! Stellt die Werbepläne auf! Schließt über das Ziel: Steigerung der Leserschaft des „Klassenkampf" um 25 Prozent, Wettbewerbe ab!

Welche Betriebszelle meldet als erste die Erreichung des Zieles? Berichtet schnell und regelmäßig über die Durchführung, über die Erfahrungen, Methoden, Erfolge und Mängel eurer Werbetätigkeit.

Der „Klassenkampf" wird eure Meldungen und Mitteilungen schnellstens veröffentlichen, denn die anderen wollen das auch wissen!

*

Beim Gegner: Verzweiflung, Ohnmacht, Hilflosigkeit, Chaos und Durcheinander im Lager der Bourgeoisie, und bei den reaktionären arbeiterfeindlichen Parteien von der SPD bis zu den Nazis!

Bei uns: Bolschewistische Klarheit, revolutionäre Ueberzeugung, politische Ueberlegenheit und Begeisterung für unser Kampfziel: Gegen den Kapitalismus für den Sozialismus!

Wir sind die Sieger von morgen! Unser ist der Erfolg, wenn wir es verstehen, die Werbearbeit richtig anzupacken!

Deshalb: Vorwärts zum Ziel!

Mit entsicherten Revolver gegen Jungarbeiter

A.-K. Am Montag abend gegen 22.30 Uhr waren, wie üblich, auf dem Latscher-Gipfel noch einige Jungarbeiter versammelt. Einer von ihnen hatte die Ziehharmonika mitgebracht und spielte gerade das Lied: „In Eisleben sind viele gefallen." Zwei hinzukommende Schupos verboten das Weiterspielen. Dieser Aufforderung kam der Jungprolet auch nach. Nachdem die Beamten wieder fortgegangen waren, vergnügten sich die jungen Arbeiter mit allerhand Allotria. Natürlich waren auch bald wieder ein paar Schupobeamte zur Stelle. Denn überall dort, wo sich ein paar junge erwerbslose Arbeiter zusammenfinden, um im Freien ihre Langeweile totzuschlagen, sind auch immer gleich die Hüter der Ordnung zur Stelle, um zu schikanieren. Kleine Lappalien waren aber für die Beamten ein willkommener Anlaß, einige Jungarbeiter mit entsichertem Revolver und Handschellen zur Polizeiwache zu transportieren und gegen den anderen eine Treibjagd zu veranstalten. Gegen nationale Rowdys und besoffene Studenten wendet man natürlich nicht solche Methoden an. Nur erwerbslosen und ausgesteuerten Jungproleten gegenüber geht die Polizei in dieser Weise vor.

Ueberfallkommando auf der Holzauktion

Am 15. Juni gegen 14 Uhr versuchten bei einem Verkauf von Brennholz auf einem Neubau in der Friedrich-Ebert-Straße verschiedene Personen Holz zu entwenden. Der Verkauf wurde daraufhin eingestellt. Die etwa 100 Personen zählende Menge, die den Weiterverkauf in erregter Weise forderte, wurde darauf vom Ueberfallkommando zerstreut.

Aktuelles Material über die Sowjetunion

bringt jede Woche die einzige in Moskau gedruckte deutsche Wochenzeitung, die „Moskauer Rundschau".

Sie ist die schnellste Information über alle Fragen des sozialistischen Aufbaus. Sie behandelt die Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft, das Verhältnis der Sowjetunion zu den kapitalistischen Staaten. Die „Moskauer Rundschau" orientiert dich über alle kulturellen Ereignisse, Theater, Kunst und Literatur. Sie berichtet regelmäßig in ihrer technischen Seite die technischen Fragen im Rahmen des sozialistischen Aufbaus, behandelt Kredit- und Währungsfragen, Außenhandel und Verkehrsfragen. Ueber die Forschungen auf naturwissenschaftlichem Gebiet orientiert sie.

Die „Moskauer Rundschau" gibt somit einen umfassenden Ueberblick über alle Probleme der Sowjetunion. An ihr arbeiten bekannte russische Publizisten und Spezialisten mit. Die „Moskauer Rundschau" ist die Zeitung, mit der es uns gelingen wird, besonders intellektuelle und bürgerliche Kreise für die Sowjetunion zu interessieren. Darüber hinaus gibt die „Moskauer Rundschau" eine Unmenge Tatsachenmaterial, welches wir im tagespolitischen Kampf auswerten können.

Aus diesem Grunde müssen alle Genossen die „Moskauer Rundschau" lesen. Die „Moskauer Rundschau" kostet 20 Pfennig. Im Vierteljahr durch die Post bezogen 2,50 Mark. Probenummern sind anzufordern bei der deutschen Auslieferung, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48.

Ein kühner Griff. In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde in einem Grundstück auf dem Harz ein Einbruch verübt. Gestohlen wurde eine Geldkassette mit 4500 Mark. Die Täter haben ein in Parterre nach der Straße liegendes Fenster eingedrückt und sind dann eingestiegen.

In Zimmermanns Lichtspielen werden in dieser Woche ab Freitag bis Sonntag zwei sensationelle Doppelprogramme gezeigt. **Ebiton, Gerthardstraße 16:** „Menschen-Arsenal", eine Spitzenleistung russischer Filmkunst. Pressestimmen: „Filmjournal": „Das Publikum applaudierte, wie man es in Berlin selten gehört hat. Es war ein großer unvergleichlicher Erfolg." „Der Deutsche": „Ein Meisterwerk. Rote Fahnen. Ein bildlich vollendeter, von der revolutionären Wirklichkeit wie von einem Motor getriebener Film. Ein Film atemlose Spannung, den jeder sehen muß." Hierzu: „Wer hat Radio gesehen?" ein Kulturfilm in zwei Bildern. Kulturhistorisch Wertvoll. (Siehe Inserat.) **Palast-Theater, Hallesche Straße 1:** „Heiße Ware" (Hehlerinnen). Ein Sittenbild mit Maria Corda, Hans Albers, Hermann Speelmann. Hierzu: „Der Kampf um die Goldfelder." Ein spannendes Abenteuer um

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310618-14/fragment/page=0008

AUS MITTELDEUTSCHLAND

Die Notverordnungen bringen Frauen ins Gefängnis

Mit roten Jungpionieren durch die Straßen ziehen, ist eine „staatsgefährliche Aktion"

Zu je 3 Monaten Gefängnis und Zahlung von 25 Mark Gerichtskosten wurden die Genossinnen Frieda Koenen und Emmy Schleicher aus Merseburg verurteilt.

Der Strafbefehl hat folgenden Wortlaut:

„Die Staatsanwaltschaft beschuldigt Sie, am 13. Mai 1931 einen Aufzug unter freiem Himmel veranstaltet und geleitet zu haben, der nicht spätestens 24 Stunden bei der Ortspolizeibehörde angemeldet worden war, indem Sie die Teilnehmer einer Versammlung des Jungspartakusbundes, die in der ehemaligen Liebmannschen Fabrik stattfand, in demonstrativer Weise unter Abfingen revolutionärer Lieder durch die Straßen in geschlossenem Zuge nach Merseburg führten."

Es ist überall bekannt, daß alle Jugend- und Kindergruppen regelmäßige Spiel- und Schulungsveranstaltungen abhalten. So auch die roten Jungpioniere. Natürlich sind die Jungpioniere den Staatsbehörden schon immer ein Dorn im Auge gewesen, will man doch, daß die Arbeiterkinder lediglich in den reaktionären Volksschulen ihre „Aufklärung" bekommen. Die Notverordnungen bieten jetzt den Polizei- und Justizbehörden eine willkommene Handhabe, die „staatsgefährlichen" Jungpioniere und deren Helfer zu verfolgen. Deshalb dieses ungeheuerliche Urteil gegen zwei Genossinnen, welche die Kinder auf dem Heimweg begleiteten. Daß die Kinder gesungen haben, ist doch eine Selbstverständlichkeit und daß es gerade Kampflieder waren, die gesungen wurden, ist ebenso selbstverständlich. Hunger und Elend macht die Kinder frühzeitig reif.

Die Polizei konstruiert aus dem Vorfall eine politische Demonstration und verhängt Gefängnisstrafen über Frauen, die ihre proletarische Pflicht erfüllt haben.

Bankrach bringt Mittelständler um ihre Existenz

Wir berichteten vor einigen Tagen, daß die Sangerhäuser Gewerbebank, die als Kreditgenossenschaft aufgebaut ist, vor der Pleite steht. Viele kleine Geschäftsleute werden durch diesen Zusammenbruch schwer betroffen. Es ist doch bezeichnend, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Gewerbebank, der Rechtsanwalt O. Gerth, sein Geld nicht etwa in Anteilen der Gewerbebank anlegt, sondern daß er sich sichert. Ganze 14 Mark Anteil hat der Herr Aufsichtsratsvorsitzende. Jetzt ist der Herr Rechtsanwalt aus „Berufsgründen" von der Führung der Geschäfte als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gewerbebank zurückgetreten. — Die Ratten verlassen das sinkende Schiff. —

Nun hat man den Geschäftsführer Fuhlrott von der Edka, Sangerhausen, mit dem Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden betraut. Die Erregung unter den kleinen Geschäftsleuten ist sehr groß. Schon jetzt muß damit gerechnet werden, daß eine Reihe kleiner Geschäftsleute ihr Geld verlieren werden und ihren Laden zumachen müssen. Auch sie sind Opfer des bankrotten kapitalistischen Systems, das nicht nur das Proletariat in Hunger und Elend stürzt, sondern auch den Mittelstand ruiniert und proletarisiert.

Die Mittelständler, denen das kapitalistische Wirtschaftssystem die Existenzberechtigung abspricht, müssen gemeinsam mit den Arbeitern aus Stadt und Land das kapitalistische Mordsystem beseitigen helfen und ihre ganze Kraft für die Errichtung des sozialistischen Wirtschaftssystems einsetzen.

Zum Sozialismus aber kommen wir nur durch die Volksrevolution für Arbeit, Freiheit und Brot.

Unfallziffer in der Provinz Sachsen über Reichsdurchschnitt

Im letzten Berichtsjahre (1929) haben die tödlichen Unglücksfälle im Vergleich zu den Vorjahren eine weitere Steigerung erfahren, vornehmlich veranlaßt durch die Ausdehnung des Kraftverkehrs. Im Jahre 1929 verunglückten in der Provinz Sachsen 1141 männliche und 365 weibliche Personen, davon über ein Drittel durch Verkehrsunfälle, nahezu ein Viertel durch Sturz aus der Höhe und ein Neuntel durch Ertrinken. Auf je 100 000 Einwohner der Provinz Sachsen verunglückten tödlich im Jahre 1913 = 35,3 (im Reichsdurchschnitt = 38,0), 1927 = 39,2 (39,4), 1928 = 42,0 (41,5) und im Jahre 1929 = 45,0 (43,3).

Die große Häufung der Verkehrsunfälle, die zu einem gewissen Teil der schlechten Beschaffenheit der Straßen zuzuschreiben sind, beweist erneut, wie richtig die Forderung der KPD auf Einstellung der Erwerbslosen für den Bau von Straßen ist.

Hunger und Elend überall

Aber die Lebens- und Bedarfsmittel verderben

Würde man die Weltvorräte an Zucker, Kaffee, Baumwolle und Kautschuk, die nutzlos lagern und verderben, an die gesamte Bevölkerung in Deutschland, gleich ob Greis oder Säugling, verteilen, so würden auf

jeden Einwohner Deutschlands 61,4 Zentner Zucker, 25,9 Zentner Kaffee, 19,8 Zentner Baumwolle und 7,52 Zentner Kautschuk entfallen.

Verteilt auf die Bevölkerung von Deutschland, England und der Vereinigten Staaten von Nordamerika würden auf jeden Einwohner 16,3 Zentner Zucker, 6,9 Zentner Kaffee, 5,3 Zentner Baumwolle und 1,9 Zentner Kautschuk entfallen. Mehr als genug ist vorhanden und lagert auf den Kais und in den Silos, mehr als für die Befriedigung der Bedürfnisse der gesamten werktätigen Massen notwendig ist. Aber sie verkommen in Elend und Hunger, damit die Monopolpolitik aufrechterhalten und die Kapitalprofite gesichert bleiben.

Aus: „Weltkrise des Kapitalismus", 40 Seiten — 20 Pfennig. Erschienen im Internationalen Arbeiter-Verlag, Berlin C 25.

Ein vollbesetzter Autobus stürzte um

Eisleben. Ein mit ungefähr 20 Personen besetztes Rundfahrtauto der Kraftverkehrsgesellschaft „Glückauf" aus Eisleben erlitt auf einer Harzfahrt einen Unfall, der leicht schwere Folgen hätte haben können. In einer scharfen Kurve bei St. Andreasberg verlagten plötzlich die Bremsen. Der Chauffeur lenkte das Fahrzeug auf einen Feldweg, wo es umschlug. Mehrere Personen erlitten, meistens durch Glassplitter, leichtere Verletzungen und wurden vom Roten Kreuz verbunden. Die Fahrgäste wurden mit einem Reserveauto der Gesellschaft weiterbefördert.

Ein Schlag gegen die politischen Gefangenen

Werbearbeiten für die „Rote Hilfe" sind „staatsgefährliche Bestrebungen"

Die Antwort der Arbeiterschaft: Größte Aktivität für das Solidaritätsaufgebot der „Roten Hilfe"

Das russische Balalaika-Orchester wollte für die Rote Hilfe in Teuchern und Naumburg Konzerte geben. Da das russische Balalaika-Orchester eine gute Werbetruppe des revolutionären Proletariats ist, ist das Auftreten der russischen Genossen von der Ortspolizeibehörde verboten worden.

Das Rote-Hilfe-Sekretariat Mitteldeutschlands hat wochenlang mit der Polizeibehörde und dem Regierungspräsidium in Merseburg, an dessen Spitze der Sozialdemokrat von Harnack steht, persönlich und schriftlich um die Freigabe der Konzerte gekämpft.

Nachstehender Ukas wurde durch den Regierungspräsidenten zugestellt:

„Das Plakat, das mir im Falle Teuchern vorgelegen hat, enthielt den Hinweis, daß das Konzert des Balalaika-Orchesters für die Rote Hilfe veranstaltet wird. Das Konzert bezweckt also dann die Förderung der als Wohlfahrtseinrichtung bezeichneten Roten Hilfe und ist nach den Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 und der dazu erlassenen preußischen Ausführungsanweisung genehmigungspflichtig. Die staatliche Genehmigung mußte untersagt werden, weil angesichts des engen Zusammenhanges der Roten Hilfe mit der KPD eine durch rein wohlfahrtspflegerische Grundsätze bedingte und durch staatsfeindliche Bestrebungen unbeeinflußte Verwendung des Veranstaltungsertrages nicht gewährleistet ist. Insofern haben die Polizeibehörden in Teuchern und Naumburg korrekt gehandelt, wenn sie die Konzertveranstaltung untersagt haben.

Zu der inzwischen vorgebrachten Behauptung, daß die Konzerte Werbeveranstaltungen zur Gewinnung von Mitgliedern der „Roten Hilfe" sind, bemerke ich ergebenst, daß dies aus dem Wortlaut des mir vorgelegenen Plakates nicht ersichtlich war. Aber selbst wenn dies der Fall gewesen wäre, hätte die nachgesuchte Genehmigung versagt werden müssen, da auch die Werbetätigkeit für die Rote Hilfe eine Förderung derselben darstellt, die aus den obengenannten Gründen nicht gestattet werden kann.

In Vertretung: gez. Corneet."

Arbeiter, nun erst recht den Kampf organisiert gegen Klassenjustiz für Vollamnestie der proletarischen politischen Gefangenen. Stärkt das Solidaritäts-Aufgebot der Roten Hilfe!

Erdbeerliebhaber

In Massen kommen jetzt die Erdbeeren von draußen rein auf die Märkte. Die Ernte ist besonders reich. Aber wer kann sich Erdbeeren kaufen, wer hat 50 Pf. übrig, um sich ein Pfund Erdbeeren zu leisten? Ein Arbeitsloser bestimmt nicht, ein Betriebsarbeiter, der kaum seine Miete zusammenbekommt, auch nicht. Für die große Mehrheit der Bevölkerung sind Erdbeeren ein unerschwinglicher Luxus.

Ist es da ein Wunder, daß Diebstähle in Erdbeerplantagen sich häufen! Schließlich hat jeder Appetit auf diese gesunden, köstlichen Früchte. Man kann es keinem verdenken, wenn er sich mal an Erdbeeren satt essen und auch für die Kinder welche mitnehmen will.

Aber der Gärtner, der die Erdbeeren zieht, ist in den meisten Fällen ein kleiner Mann, für den der Erlös aus der Erdbeerernte die Haupteinnahme des ganzen Jahres bildet. Dieser Erlös reicht kaum hin, um seine Unkosten zu decken. Oft gehört das Land nicht ihm, er hat es gepachtet, muß eine hohe Pacht bezahlen. Dazu kommen die hohen Kosten des Düngers, des Wassers, der Verpackung, dazu kommen Steuern und Zinsen. Für seine Arbeit bleibt so gut wie nichts übrig. Und Erdbeeren erfordern viel Arbeit. Er ist auf jedes Pfund angewiesen, er kann die Diebstähle nicht verschmerzen, sie bedrohen ihn in seiner an sich schon wackligen und kümmerlichen Existenz.

So kommt es zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Erwerbslosen und Gärtnern, zwischen zwei Schichten der Bevölkerung, die alle Ursache haben, Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind, das kapitalistische System, zu kämpfen. **Der Kapitalismus ist schuld, daß der Erwerbslose sich keine Erdbeeren kaufen kann, der Kapitalismus ist schuld, daß der Gärtner an seinen hohen Lasten zugrunde geht.**

Die Erwerbslosen müssen erkennen, daß der kleine Gärtner, der kleine Bauer ihr natürlicher Verbündeter ist im revolutionären Befreiungskampf.

Daran müssen sie denken, wenn sie zur Selbsthilfe greifen.

Die Gottesdiener wollen natürlich bei der Sowjethetze nicht fehlen

Die richtige proletarische Antwort: Wir schützen die Sowjetunion

Eben fällt mir ein „heiliges Traktätchen" in die Hände, das „Kirchenblatt für die Kirchenkreise Halle Land, Collme und Könnern". Die geistlichen Herausgeber, die Himmelsvermittler, behandeln aber in dem Blättchen gar weltliche Dinge. Außer einigen frommen Liedlein, Betrachtungen über Gebete und Frömmigkeit und einem Schauermärchen über die strafende Hand Gottes finde ich auch einen Artikel „Kinderelend in Rußland". Die Kinder werden als Räuber, Banditen und Wegelagerer hingestellt. „Sie haben die engsten Beziehungen zur Verbrecherwelt", „Die Passanten in Moskau werden am hellen Tage von den Kinderbanditen angefallen."

In dieser Tonart ist eine halbe Seite beschmiert. Den armen Kirchenjungfrauen, den alten Muckern, die diese „Greuel" lesen, dem Herrn Pfarrer selbst, der sie geschrieben hat, müssen doch vor Entsetzen die Haare zu Berge stehen! Unseres Beileids sind sie sicher!

Obgleich selbst dieses Kirchenblättchen zugeben muß: „Es werden viele Kinderheime gebaut, und eine Reihe !? von ihnen sind tadellos und völlig neuzeitlich eingerichtet" — wird doch als Gegenstück des halben Zugeständnisses für den gigantischen Aufbau in der Sowjetunion die vorsätzende wüste Hetze getrieben. Man hat sich einige Momente gegriffen, die vielleicht vor zehn Jahren vorgekommen sein können, und fabriziert daraus derartige Gruselgeschichten.

Ei, ei, Herr Pfarrer! Lesen Sie doch mal in den heiligen Büchern ihres obersten (himmlischen) Erzherrn nach; findet sich da nicht ein Sprüchlein, welches lautet: Du sollst nicht falsches Zeugnis reden wider deinen Nächsten! Und wenn Sie ihrer schweren Amtstätigkeit mal eine freie Stunde abringen können, dann lesen Sie vielleicht auch einige bürgerliche Zeitungen über Sowjetrußland. Selbst diese bürgerlichen Presseerzeugnisse mußten längst ihre Gift- und Lügenflut eindämmen! Die Tatsache des sozialistischen Aufbaues im einzigen Lande der Arbeiter und Bauern, der mit Riesenschritten im Zeichen des Fünfjahrplans vor sich geht, ist nicht wegzuleugnen. Das fromme Kirchenblatt wird mit solchen Hetzartikeln selbstverständlich dazu beitragen, daß die Proleten, die heute noch der Kirche nachlaufen, noch werden und diesem Institut den Rücken kehren. Zur richtigen endgültigen Ermunterung helfen mit jederzeit nach. Unser Ruf ist und bleibt:

Heraus aus der Kirche! Stärkt die Gottlosenbewegung!

Du wähltest Liste 4 aber eins fehlt dir!

Das ist das monatlich erscheinende Mitteilungsblatt der Kommunistischen Reichstagsfraktion

„Der Rote Wähler"

Zu beziehen durch die Literatur-Obleute der Partei, durch die Post oder direkt vom Verlag: Zeitschriftenverlag Stern G. m. b. H., Berlin C 2, Burgstraße 30.

Schokolade ist nichts für die Werktätigen

Die Verwaltung der Kant-Schokoladenfabrik-AG. Wittenberg berichtet über das Geschäftsjahr 1930, daß die Bilanz mit einem Verlust von 0,15 Millionen Reichsmark abschließt (während im Vorjahre ein Gewinn von 0,08 Millionen Reichsmark bekanntgegeben wurde). Der Verlust wäre zurückzuführen auf die durch die Wirtschaftskrise verursachte Schwächung der Kaufkraft und auf die billige Konkurrenz.

Hm, ulkig, — ein Unternehmer, der mit Verlust arbeitet. Da taucht wohl eine neue Kategorie auf? Bis jetzt waren doch immer nur die breiten Massen die Leidtragenden. Und auch die Kant-Arbeiterinnen werden verdammt schlecht bezahlt. — Richtig ist die Feststellung der Kant-AG., daß die breiten Massen nicht Schokolade kaufen können. Das Nahrungsmittel Schokolade ist durch seinen Preis zum Genußmittel gestempelt. Auch damit wird erst aufgeräumt, wenn die kapitalistische Profitwirtschaft beseitigt ist.

Eröffnung der Strecke Zöschen — Leipzig-Leutzsch der Nebenbahn Merseburg — Leipzig-Leutzsch

Am 1. Juli 1931 wird von der vollspurigen, eingleisigen Nebenbahn Merseburg—Leipzig-Leutzsch die 15,31 Kilometer lange Reststrecke Zöschen—Leipzig-Leutzsch für den Personen- und Güterverkehr mit dem Bahnhof Dölzig und den Haltepunkten Kötzschlitz und Gundorf-Burghausen eröffnet. Die nur für den Personenverkehr vorgesehenen Haltepunkte Kötzschlitz und Gundorf-Burghausen sind nicht besetzt; die Fahrausweise werden im Zuge verkauft. Bahnhof Dölzig erhält Einrichtungen zur Bedienung des Personenverkehrs sowie zur Abfertigung von Gepäck, Expreßgut, Leichen, lebenden Tieren, Eil- und Frachtstückgut und Wagenladungen.

Kraftwagen vom D-Zug zermalmt

Nordhausen. Auf der Eisenbahnstrecke Nordhausen—Kassel, in der Nähe des Bahnhofs Pustleben, wurde am Dienstag nachmittag ein Personenkraftwagen aus Westfalen von einem D-Zug überfahren und vollständig zertrümmert. Die beiden Insassen, ein Herr und eine Dame, waren sofort tot.

Das Unglück geschah, wie wir hören, bei nicht geschlossener Schranke. Ob eine Fahrlässigkeit des Schrankenwärters oder ein technischer Fehler vorliegt, muß die Untersuchung ergeben. Die Getöteten sind der Fabrikant Karl Karthaus und Frau Adele Floeck, beide aus Gladbach-Rheydt.

Stadtroda. Ein schwerer Autounfall trug sich auf der Straße nach St. Gangloff zu. Das Auto eines Landmirts aus Utenbach bei Apolda, versuchte zwei Personen auf der Landstraße auszuweichen. Dabei versagte wahrscheinlich die Steuerung, so daß der Wagen ins Rutschen kam. Die vier Insassen des Autos stürzten auf die Straße. Der Führer und Eigentümer des Kraftwagens erlitt einen Schädelbruch, ein anderer Insasse einen Bruch des rechten Schulterblattes. Die übrigen beiden Insassen kamen mit leichten Abschürfungen davon.

Rottleberode. Feuer an der Tankstelle. An einer Tankstelle vor einer hiesigen Gastwirtschaft nahm ein Motorradfahrer Brennstoff ein. Durch die Karbidlampe wurden Benzindämpfe entzündet. Sofort schlug eine Feuersäule empor, durch die der Motorradfahrer und ein Sozius erheblich verletzt wurden. Glücklicherweise konnte verhindert werden, daß die Flammen auf das Gasthaus übergriffen.

Gorsleben (Mansfelder Seekreis). Von einer Maschine erschlagen. Durch einen seltsamen Unglücksfall fand die Frau des Zimmermanns Kalbitz hier den Tod. Man fand sie tot im Schweinestall. Ueber dem Stall befindet sich eine Futterkammer, in der eine etwa 5 Zentner schwere Futterschneidemaschine stand. Die Maschine war durch die Decke in den Schweinestall gestürzt. Offenbar ist die junge Frau von der schweren Maschine erschlagen worden.

Dietersdorf (Kreis Sangerhausen). Zwei Bauernhöfe niedergebrannt. Am Montag morgen brach hier Feuer aus, dem in kurzer Zeit die Anwesen der Landwirte Hausherr und Kolbe zum Opfer fielen. Ein Pferd und eine Menge Federvieh kamen in den Flammen um. Ortsfeuerwehr und die Mehren der Umgebung arbeiteten angestrengt bei der Bekämpfung des Brandes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310618-14/fragment/page=0009

AUS DEM BEZIRK

Donnerstag, den 18. Juni 1931

„Saale-Zeitung" oder „Klassenkampf"

In der Kleinbahn Halle-Hettstedt sitzt ein besserer Herr und liest die „Saale-Zeitung". Aus seiner Rocktasche guckt der „Klassenkampf" raus. Neben ihm auf der Bank sitzt ein Arbeiter aus Gerbstedt. Der Prolet sieht, wie sich der Herr beim Lesen der „Saale-Zeitung" vollständig ereifert. Nach einer Weile macht der Arbeiter den Herrn darauf aufmerksam, daß es doch besser wäre, wenn er statt der „Saale-Zeitung" den „Klassenkampf" lesen würde. Darauf entgegnet der Herr: „Wissen Sie, ber „Klassenkampf" benutze ich nur, wenn ich mal einen Fahrschein benötige" — — Darauf der Prolet: „Wissen Sie, Herr, wen Sie das vier Wochen machen, dann ist Ihr Hinterster schlauer als Ihr Kopf."

Weißenfels-Zeitz

Proletarische Antwort an die Klassenjustiz

A.-K. Naumburg. Die verurteilten Genossen von Teuchern, die in Naumburg ihre Strafe verbüßen müssen, waren schon in Bethau ausgestiegen und gingen zu Fuß nach Naumburg, während ein Weißenfeller Autositzer mit Polizei vergeblich auf die Ankunft am Bahnhof in Naumburg wartete. Um fünf Uhr fand eine Parteimitgliederversammlung statt.

Nach einem kurzen Referat wurde ein Wettbewerb zwischen den KPD-Ortsgruppen Teuchern und Naumburg sofort abgeschlossen für die Gewinnung von neuen Kämpfern, um auf diese Weise den Schlag der Klassenjustiz zu parieren.

Nach dem Absingen revolutionärer Lieder verließen die Teuchener Genossen den „Goldenen Hahn", um das gegenüberliegende Staatliche Pensionat" aufzusuchen. Spontan bildeten Frauen und Männer Spalier und begleiteten die zu längeren Freiheitsstrafen verurteilten Genossen bis zum Eingang des Gefängnisses. Aus dem Eingang stürzten plötzlich Naumburger Polizisten hervor. Ehe sich die Arbeiter versahen, sausten schon die Gummiknüppel über ihre Köpfe. Ein älterer Arbeiter wurde verhaftet. Bei diesen Mißhandlungen taten sich besonders Oberwachtmeister Ihm und Eineck hervor. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird sich durch Gummiknüppelattacken und Terror nicht davon abschrecken lassen, nun erst recht in die Reihen der KPD einzutreten.

Hinkler in Roßleben

A.-K. Roßleben. Großschnäuzig hatten die Hitlerbanditen ein großes Treffen ihrer Mordbanditen für Roßleben angesagt. Laufende sollten den Kommunisten das Lebenslicht ausblasen. Aber ganze 300 Männekens waren erschienen. Die Arbeiterschaft von Roßleben hat diese Strolche gar nicht beachtet und auch ihre Literatur nicht genommen. Dagegen setzten unsere Genossen 50 Fanfaren um. Ueber den Redeschwall von Hinkler wäre nur eins zu bemerken, daß er wie von je her den größten Mist verzapfte. Er wurde dabei unterstützt vom Zigarren-Nazi Kühnle, der dafür auch im Sechssitzer mitfahren durfte. Kühnle brauchte sich nicht zu drängeln wie sein Genosse Hanf, den Hinkler nicht mitfahren ließ, trotzdem Hanf Invalide mit einem Bein ist. Hinkler sieht von oben herab auf seine Nachläufer, hoffentlich hat es sich dieser Invalide hinter die Ohren geschrieben, was Hinkler für ein Freund von gebrechlichen Menschen ist. Bekanntlich sollen sich doch alle nicht vollwertigen Proleten selbst ermorden nach Meinung der Nazis.

Zu dem ganzen Nazirummel kam die Angst vor der großen Abrechnung der klassenbewußten Proleten mit diesem Mordgesindel zum Ausdruck. An dem festen eisernen Block des Proletariats werdet ihr noch die Zähne ausbeißen.

Sie laufen nur gezwungen mit

A.-K. Nebra. Der am vergangenen Sonntag stattgefundene Aufmarsch sämtlicher SA des Unstrutkreises, verstärkt durch Querfurt, Bad Bibra und Naumburg, zeigte der hiesigen Arbeiterschaft die offene Zersetzung, in der sich die Nationalsozialisten befinden. 200 SA-Leute, meistens Landarbeiter, die nur gezwungenermaßen dieser Bewegung angehören (der „Kampf" liegt, wie immer: 350), zogen durch die menschenleeren Straßen von Nebra. Ein Nazibeld versuchte auf dem Marktplatz vor einem kleinen Zuhörertreis seine faulen Phrasen an den Mann zu bringen. Die Gendarmerie sympathisierte offen mit den Faschisten. Sie ließ es zu, daß Heftungen verkauft und nichtzensierte Flugblätter verteilt wurden. Uns faßt ein bekannter Volksfeind Flugblätter, so, was selbst noch keiner wagte, die AZ beschlagnahmen. Große Entrüstung darob bei der Polizei, weil Arbeiter Flugblätter der Nazis beschlagnahmten, was die Polizei unterließ.

Der Aufmarsch hat der Arbeiterschaft deutlich gezeigt, daß die Macht des Faschismus in seinem wichtigsten Aufmarschgebiet für immer gebrochen ist und daß Nebra weiterhin die rote Hochburg des Kommunismus im Unstrutthal trotz Hetze von Sozi und Nazi sein wird.

Mansfeld-Sangerhausen

Jungpioniergruppe gegründet

A.-K. Sangerhausen. Am Sonntag, dem 14. Juni, fand die Gründung der Jungpioniergruppe durch Partei und Jugend statt. 30 Kinder fanden sich auf dieser Gründungstagung zusammen, die sich restlos in der Jungpioniergruppe organisieren, die nun auch in Sangerhausen besteht. Alle klassenbewußten Arbeiterelternfordern wir auf, ihre Kinder in diese Bewegung zu schicken, damit sie in marxistischen und leninistischen Geiste erzogen werden zum Segen und Nutzen der Arbeiterbewegung.

Der Maulkorb im Gemeindeparlament Wansleben

A.-K. Wansleben. In der Gemeindevertretersitzung, deren dürftiches Vorspiel wir gestern schon meldeten, gab der stellvertretende Gemeindevorsteher Meinecke das Ortsstatut bekannt, das die faschistische Drosselung der freien Meinungsäußerung, die Brüning für den Reichstag einführte, auch für Wansleben bringt. Es waren für die nächsten Sitzungen Karten ausgegeben werden. Nach zwei Ordnungsrufen sollen die kommunistischen Gemeindevertreter hinausgeworfen werden. Dieses Ortsstatut wurde mit 6 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde der Bau eines Sechsfamilienhauses für 30 000 Mark beschlossen. Dagegen wurde ein Antrag des Genossen Sittig, die Arbeiten an der Grabenstraße in eigene Regie zu übernehmen und die Erwerbslosen nach Tarifsohn zu bezahlen, abgelehnt. Weitere Anträge der KPD für die Erwerbslosen wurden ebenfalls abgelehnt. Die Gemeinde hat einen Fehlbetrag von 100 000 Mark.

Nach Schluß der Sitzung gingen die Landjäger, die aus der ganzen Umgebung zusammengezogen waren, brutal gegen die Erwerbslosen und ihre Frauen und Kinder vor. Besonders brutal benahm sich der Landjäger von Seeburg und der Landjäger Landes von Steuden.

Wie man mit Obstpächtern umspringt

Der Verband Thüringer Obstpächter, Naumburg, macht uns folgende Mitteilung:

„Am 3. d. Mts. fand die öffentliche Versteigerung des Kirschenbehanges der Landesschule Schulpforta b. Naumburg a. S. statt, wozu neben der öffentlichen Anzeige in den Tageszeitungen auch noch besondere Einladungen an unsere Mitglieder persönlich ergingen. Die Bedingungen sahen von vornherein vor, daß ein Anspruch auf den Zuschlag überhaupt nicht bestände, wohl aber die Bieter an ihr Gebot 14 Tage lang gebunden sein sollten. Nachdem nun reichlich Gebote abgegeben worden waren, wurden die drei bestbietenden Herren für den Nachmittag desselben Tages wieder nach dem Büro zu dem maßgebenden Herrn Beamten bestellt, jedenfalls, um ihnen den Zuschlag zu erteilen. Nachdem nun diese Herren die Kosten und Zeitverluste opferten in der Hoffnung, den Zuschlag zu erhalten, mußten sie, nachdem man sie noch recht lange in dem Wartezimmer hatte sitzen lassen, davon Kenntnis nehmen, daß man ihnen den Zuschlag nicht geben könnte, denn es hätte sich noch ein anderer Herr mittlerweile gefunden, der durch freihändigen Verkauf den Anhang erhalten habe.

Die Pächter empfinden dieses Gebaren als eine unerhörte Handhabung, vor allem als ein unlauteres Gebaren. Es wird ihnen durch einen solchen Beamten allerhand zugemutet, denn sie werden doch lediglich dazu benutzt, um ihr Gebot woran sie gebunden werden, als Mittel für einen recht hohen Erlös zu verwenden, ungeachtet dessen, was ihnen für Kosten und Zeitaufwendungen dadurch verursacht werden. So ähnlich ist diese Handhabung schon im vergangenen Jahre angewendet worden, nur nicht in dieser krassen Form.

Man kann daraus so recht deutlich ersehen, wie die Leute von einem solchen Beamten als Menschen zweiter Klasse behandelt werden."

*

Das ist wieder ein Beispiel, wie ein Stand, der durch schwere Arbeit seine Existenz fristet, vom Großgrundbesitz, vom Staat ausgebeutet wird. Dadurch, daß man die Interessenten gegeneinander ausspielt, treibt man die Pachten in die Höhe. Ob die Pächter nachher die Pachtsumme auch wirklich herauswirtschaften können, das kümmert die großen Herren nicht.

Auch die Obstpächter müssen sich gemeinsam mit der Arbeiterschaft, gemeinsam mit den Kleinbauern, in die Einheitsfront des werktätigen Volkes unter Führung der Kommunistischen Partei eingliedern, zum Kampf gegen das Ausbeutersystem. Auch für sie gibt es nur in einem sozialistischen Deutschland eine gesicherte Existenz.

Kanonenfutter

für den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion: dazu sollen durch die Hetze von Landbund, Stahlhelm und Nazis die unaufgeklärten Millionen Kleinbauern mißbraucht werden.

Aufklärung

unter die Kleinbauern bringen, den Bund schaffender Landwirte organisieren, heißt: die Sowjetunion schützen.

Adressen

von Kleinbauern sammeln ist eine wichtige Vorarbeit. Jede Zelle, jede Ortsgruppe muß die Kleinbauern ihres Patenschaftsgebietes registrieren und die Adressen an die BL einsenden.

Eine Witwe mit zwei Kindern am Verhungern

A.-K. Holleben. Ein Witfrau von Holleben bestellte zwei Genossen von uns, um durch sie ihre Not und ihr Elend der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Ihr Mann war im vorigen Jahr beim Gutsbesitzer Schöllner verunglückt, er lag ein volles Jahr im Krankenhaus. Während dieser Zeit bekam die Frau mit ihren zwei minderjährigen Kindern sage und schreibe 4,50 M. wöchentlich Krankenunterstützung. Erst nach langer Zeit wurden ihr durch Veranlassung unserer Genossen in der Gemeindevertretung noch 8 M. von der Wohlfahrt bewilligt. Ende Mai ist ihr Mann gestorben, und von dieser Zeit an bekommt die Frau überhaupt nichts mehr. Sie ist mit ihren Kindern zum Hungertod verurteilt.

Der faschistische Gemeindevorsteher Womann lehnte es ab, die Frau zu unterstützen.

Die Frau ist nahe daran, Selbstmord zu begehen. Schon tagelang hat sie nichts zu essen. Die Kinder mußten betteln gehen, um nicht direkt zu verhungern. Obendrein wenden sie in der Schule von dem Lehrer Hädicke noch schlecht behandelt. Dieser Mann, der jeden Sonntag mit seinem Auto Ausflüge machen kann, schickt die Kinder nach Hause, um Schreibmittel von der Mutter zu holen. Daß die Frau kein Geld dazu hat, danach fragt er überhaupt nicht. Als neulich diese Witwe ihre Kinder nicht in die Schule schicken konnte, weil sie nichts für sie zu essen hatte, erstattete der Lehrer Hädicke Anzeige beim sozialdemokratischen Amtsvorsteher Bödau. Der schickt der Frau eine Vorladung, daß sie innerhalb drei Stunden auf seinem Büro zu erscheinen hat, andernfalls sie mit 5 M. Geldstrafe bestraft wird.

So liegt die Einheitsfront zwischen National- und Sozialfaschisten gegen die Aermsten der Armen klar zutage. Wir als Kommunisten sind die einzigen Vertreter der unterdrückten und ausgebeuteten Masse und sagen den Faschisten aller Schattierungen, ob es der Sozialfaschist Bödau oder der Nationalfaschist Womann ist, den schärfsten Kampf an.

Wir rufen den Proletariern, den Frauen, der Jugend und den Kleinbauern von Holleben zu:

„Heraus aus der Schlafmützigkeit, und helft uns Kommunisten, die deutsche Volksrevolution gegen Ausbeutung und Knechtschaft gegen Hunger und Faschismus siegreich durchzuführen."

Hettstedter Hungeretat abgelehnt

In der Stadtverordnetensitzung wurden die neugewählten Magistratsmitglieder eingeführt. Unter ihnen befindet sich auch der Generalreaktionär Dr. Mette, den die Arbeiterschaft noch von 1921 her in „bester" Erinnerung hat. Seine Vorstöße gegen die kommunistische Fraktion gingen fehl und er mußte sich des öfteren auslachen lassen, so daß der Vorsteher die Zuhörer mit Hinauswurf bedrohte.

Der Haushaltvoranschlag bringt 500 Prozent Bürgersteuer und 200 Prozent Biersteuer.

Der Magistrat ist so unverfroren, die Verantwortung für diesen Etat abzulehnen. Der Genosse Halle erklärte, daß die Bürgerlichen einschließlich Nazis und Sozis kein Recht hätten, den Etat abzulehnen, sie sind ja alle Befürworter des bürgerlichen Wirtschaftssystems und müssen auch den Mut haben, die Auswüchse einer solchen Wirtschaft zu decken. Im Etat kommt nur zum Ausdruck, was man auch im Großen macht, nämlich die Abwälzung aller Lasten auf das werktätige Volk.

Der Bürgermeister wußte keinen andern Ausweg, als in Rußlandhetze zu machen. Der unangenehmen Fortsetzung der Debatte ging man aus dem Wege, indem man Schlußantrag stellte. Der Etat wurde einstimmig abgelehnt. Ein Antrag der kommunistischen Fraktion, der gegen die Notverordnung protestiert und verlangt, daß sie nicht durchgeführt wird, wurde von den Bürgerlichen mit Stimmenthaltung der Sozialdemokraten abgelehnt.

Hier haben sich also diese Leute entlarvt, daß sie gewillt sind, die Eintreibung der Bürgersteuer und alle weiteren Maßnahmen zur Verelendung des Volkes durchzuführen.

Zum Schluß brachte der Nazi-Obersekretär einen Antrag ein, die Befreiung des Arbeiterkonsum-Vereins von der Filialsteuer aufzuheben. (!) An einem Zuruf ließen sie erkennen, daß sie bewußt den marxistischen Arbeitern die Lebensmittel verteuern wollen. Daß die Nazis mit den Stahlhelmern und natürlich auch mit den Sozialdemokraten (nicht allen) bei einer Betriebsrätekonferenz für die Konsums der Mansfeld-AG. stimmten, und damit die Geschäftsleute bewußt schädigten, zeigt, daß es bei ihnen eben nur darum geht, die Arbeiter noch mehr zu schädigen als das sowieso schon der Fall ist.

Den konsequenten Kampf gegen die Hungeraktion der Kapitalisten führt nur die Kommunistische Partei durch ihre Volksaktion für Arbeit, Brot, Freiheit.

Polizeisinger im Sauerkohl

A.-K. Sangerhausen. In einem hiesigen Kolonialwarengeschäft hat sich vor einiger Zeit ein standalöser Vorfall abgespielt, der uns erst jetzt bekannt wurde. Der, nervöse Kommunistenfresser, Polizeiwachtmeister Martin Leuchte, machte sich in dem Geschäft an das Sauerkohlfaß heran und ließ seine Polizeifinger in dem Sauerkohl verschwinden. So traß er den Kohl aus dem Faß. Augenzeugen stellten diese gegen die Polizeiordnung verstoßende Handlung fest. Das Anfassen von Lebensmitteln in Geschäften ist bekanntlich dem Kunden verboten. Und hier badet ein Polizeibeamter seine Finger im Sauerkohl. Wir glauben gern, daß dem „Ordnungshüter" das Sauerkohlfressen besser bekommt, als die Kommunistenfresserei.

Was sagt denn der Polizeidezernent, Oberbürgermeister Dr. Becher, zu dieser Schweinerei?

Berichtigung

Wir brachten vor einigen Monaten an dieser Stelle eine Notiz, in der der Arbeiter W. Hartmann beschuldigt wurde, Gelder der Roten Hilfe unterschlagen zu haben. Da Hartmann die fragliche Sammelliste wieder herbeigeschafft hat, stellen wir fest, daß eine betrügerische Absicht desselben nicht vorgelegen hat.

Stadtleitung der KPD Sangerhausen.

Sangerhausen. Stacheldrahtverhau beseitigt. Endlich, nach langer Zeit, ist auf Grund von Beschwerden und Protesten, der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion und der Erwerbslosen das lebensgefährliche Stacheldrahtverhau auf dem hiesigen Arbeitsamt verschwunden. Warum nicht gleich so, Herr Polizeimeister Lehnert?

Bitterfeld-Wittenberg

Nationalsozialisten entlarvt

A.-K. Bitterfeld. Die Erwerbslosen von Bitterfeld nahmen in einer gut besuchten Versammlung zu den neuen Notverordnungen Stellung. Da die Nationalsozialisten immer betonen, mit den Erwerbslosen kämpfen zu wollen, wurde Razikaiser in den Erwerbslosenausschuß gewählt. Gestern wurden sie als das, was sie sind, entlarvt. Eine Resolution, die von einem Genossen eingebracht wurde und in der gefordert wurde, den Mieter- und Schulstreik zu organisieren und durchzuführen, wurde gegen die Stimmen der Nazis angenommen. In großen Phrasen erklären sie das heutige System zu bekämpfen, wenn sie aber wirklich mitkämpfen sollen, dann kneifen sie.

Herr Bürgermeister Lamscha will mit den Mitgliedern des Erwerbslosenausschusses nicht mehr verhandeln, da hierfür die Gewerkschaften da wären. Die Erwerbslosen von Bitterfeld lehnten dies einmütig ab, da sie zu diesen Bonzen kein Vertrauen mehr haben.

Sandersdorf. Die Rote Hilfe veranstaltet Sonnabend, den 20. Juni, 20 Uhr, einen Theaterabend mit „Kolonne Links", Wolfen.

Zaasch. Der Aufmarsch am 21. Juni findet nicht statt, da nicht genehmigt.

Delitzsch-Torgau

Hei lewet noch, der Stahlhelm

A.-K. Eilenburg. Der Breslauer Stahlhelmrummel ist beendet. Die „Frontsoldaten sind wieder in ihre heimischen Penaden zurückgekehrt, aber bei manchen von ihnen scheint die Hitzewelle böse Folgen hinterlassen zu haben und darunter scheint auch der Eilenburger Untergauführer gelitten zu haben. Im Kreisländbund läßt er folgendes Pamphlet los:

...„Wieder sind auch einige Kameraden in die Klauen verhetzter Kommunistenjungens geraten und haben geblutet. Kameraden, auf den schiesischen Fluren ist schon viel deutsches Blut geflossen. Allerdings geschah das stets im Freiheitskampf gegen fremde Herrscher. Den Kommunisten blieb es vorbehalten, in feigen, nächtlichen Ueberfällen echt deutsche Männer und stolze deutsche Jugend sowie pflichtgetreue deutsche Polizeibeamte wie gierige Raubtiere zu mißhandeln und zu erschlagen. Wir werden es nie vergessen!" (?)

Dieser Ukas besagt alles, Proleten. Jawohl, es ist „deutsche Notzeit", aber anders als der Herr Untergauführer meint, der Proleten gegen Proleten aufhetzt, denn nichts anderes bedeutet seine Aufforderung. Gebt dieser Gesellschaft die richtige Antwort, heraus aus dem Stahlhelm, hinein in die Kommunistische Partei.

Und hauptsächlich ihr Jungarbeiter laßt euch nicht mit diesen Phrasen betören, es sind eure Klassenfeinde, die da locken, kämpft mit euren Brüdern im KJV. Stärkt den Kampfbund gegen den Faschismus.

Genosse Alfons Pichler

Unerwartet traf uns die Nachricht, daß am Montag, dem 15. Juni, 23 Uhr, unser Genosse Alfons Pichler durch einen Herzschlag aus unserer Mitte gerissen wurde. Seine Krankheit nicht achtend, ist er manchen Genossen ein Vorbild gewesen, hat unermüdlich als führender Funktionär in der Ortsgruppe Köthschenbruna mit geholfen, den großen Endkampf des Proletariats, den er sich heiß ersehnte, noch mit zu erleben.

Genossen! Deshalb in seinem Sinn weiter. Hunderte solcher Kämpfer müssen wir durch unsere vertiefte Arbeit organisieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310618-14/fragment/page=0010